

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Novy nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag. Postfachamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourkarten.

Erhalten mit Ausnahme des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Sonntag, 6. August 1922.

Nr. 183.

Ortsräte sollen helfen!

Nach den bombastischen Facklingsphrasen der Herren Jung und Konforten ist für die deutschbürgerliche Politik nun der Aschermittwoch gekommen. Zunächst posaunte man in die Welt hinaus, daß das deutsche Volk in der Tschechoslowakei an der deutschen Kampfgesellschaft aber bestimmt genesen wird. Nun hat die Ernüchterung in den Reihen der deutschen Spießer dieses Staates begonnen und sie fangen an einzusehen, daß sie mit ihren Kraftmeiereien allein die Lage der deutschen Bevölkerung nicht verbessern werden. Sie sehen sich nun nach einem anderen Mittel um und da kommt zur rechten Zeit das Licht der Erkenntnis aus — Saaz, wo ein findiger Kopf den Stein der Weisen gefunden zu haben glaubt. Der Widerstand des Einzelnen, so orakelt der Saazer Prophet, ist zwecklos, nur ein Gesamtwille kann den Erfolg garantieren. Wie aber diesen Gesamtwillen herstellen?

Dieses Problem hat nun der „Saazer Anzeiger“ restlos gelöst: In allen Orten der Tschechoslowakei sollen Ortsräte gebildet werden, in die alle deutschen Parteien ihre Vertreter zu entsenden hätten. Die Hauptarbeit dieser Ortsräte sollte die politische Erziehung des deutschen Volkes sein, denn dem deutschen Volke fehlt — die politische Erziehung. Es scheint also, daß das Vertrauen zur Schriftleiterpresse nicht sehr groß ist. Diese hat selbst nach den Zugeständnissen der Deutschbürgerlichen das deutsche Volk politisch nicht erzogen, und so muß ein anderes Mittel heranziehen: Die Ortsräte.

Das Arzneimittel, das dem deutschen Volke anempfohlen wird, ist ein Beweis für das politische Verständnis der deutschbürgerlichen Redigenten. Wenn in jedem Ort ein solcher Ortsrat gegründet würde, so gäbe es so viele „Gesamtwillen“ als es Ortsräte gäbe, jeder Ortsrat würde zu einem anderen Entschluß gelangen und in der deutschbürgerlichen Öffentlichkeit würde dieselbe Anarchie herrschen, wie seinerzeit, als Dr. Litta der ungekrönte König des deutschen Bürgeriums in Böhmen und die deutschbürgerliche Politik zum Gelpött der übrigen politischen Öffentlichkeit herabgestuft war. Dabei denken die Herren natürlich wieder daran, die deutschen Sozialdemokraten würden für diese famose Idee, die ihnen über Nacht gekommen ist, zu haben sein. Sie wollen uns einladen, mit ihnen zusammen Politik zu machen, was sie doch selber nicht wissen, was sie wollen. Das zeigte sich schon im Wiener Parlament im seligen Nationalverband, wo „der eine sah und der andere stand“, und wo bei jeder großen auftauchenden Frage nicht eine, sondern zehn Meinungen vorhanden waren, aus denen sich nicht einmal ein deutschbürgerlicher „Gesamtwille“ herauskristallisieren ließ. Und bei des deutschen Nationalverbandes würdigen Nachfolger, dem parlamentarischen Verband in der Prager Nationalversammlung, ist es nicht besser. Hat sich doch erst jüngst die „Kampfgesellschaft“ gebildet, die sich der „Arbeitsgemeinschaft“ entgegenstellt, wobei die einen die anderen geradezu als nationale Verräter hinstellen.

Das deutsche Bürgertum scheint von der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung unserer Lage wahrhaftig keine Ahnung zu haben. Durch die Verhältnisse nach dem Kriege sind die Klassenverhältnisse noch größer geworden, jede Klasse einer modernen Nation hat die ihre Interessen vertretende politische Partei und da das deutsche Volk gleichfalls nicht im Himmel, sondern in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung lebt, müssen die wirtschaftlichen und sozialen Konflikte im deutschen Volk in der Tschechoslowakischen Republik genau so auftreten wie überall anderwärts. Wer gegen diese Entwicklung anlämpft, über den wird die Geschichte hinweggehen.

Im übrigen hat die deutsche Arbeiterkchaft in der Tschechoslowakei nicht die geringste Neigung, sich in die Gesellschaft der Deutschbürgerlichen zu begeben. Das muß den Herren wieder einmal gesagt werden, da sie es jedes halbes Jahr zu vergessen scheinen. Sie sind es, die an dem nationalen Elend der deutschen Be-

Die ersten Strafmaßnahmen Frankreichs.

Suspendierung des Abkommens vom August und September 1921 und des Wiesbadener Abkommens.

Paris, 5. August (Havas). Da die deutsche Regierung heute nur eine dilatorische Antwort erteilt hat, hat die französische Regierung zur Sicherstellung ihrer Rechte folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Ausgleichsämter in Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres keine Anerkennung von deutschen Forderungen zu erteilen.

2. Die beiden Kommissare erhalten den Auftrag, die aus dem Erlös der Liquidation der deutschen Güter in Frankreich durch Entscheidung des gemischten Schiedsgerichtes zuerkannten Entschädigungen bis auf weiteres auf Rechnung der deutschen Regierung nicht zu bezahlen. Damit wird die Wirksamkeit des französisch-deutschen Abkommens vom August und September 1921 suspendiert, auf Grund dessen die Ausgleichsämter in Paris und Straßburg diese Zahlungen durchführten, und die deutsche Regierung wird die Urteile, die zu ihren Ungunsten ausgefallen sind oder ausfallen werden, aus eigenen Mitteln ausführen müssen.

3. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg wurden angewiesen, der deutschen Regierung den reinen Erlös aus der Liquidation deutscher Güter in Frankreich nicht mehr zu notifizieren. Diese Maßnahme wird die Entschädigung von Deutschen, deren Eigentum in Frankreich liquidiert wurde, praktisch unmöglich machen und Deutschland verhindern, daß es Guthaben im Interesse dieser Kategorie seiner Staatsangehörigen verbräutet.

4. Die Durchführung des französisch-deutschen Abkommens von Wiesbaden über die Rückzahlung von Immobilien, die von deutschen Staatsangehörigen in Elsaß und Lothringen zurückgelassen wurden, wird suspendiert.

5. Es werden sofort Maßnahmen zur Zurückhaltung dieses Besitzes getroffen werden.

Wenn diese Maßnahmen zur Regelung der Kompensationsfrage nicht ausreichen sollten, werden sie durch weitere prozessuelle Schritte ergänzt werden.

Ausweisung von tausend Reichsdeutschen aus Elsaß-Lothringen.

Berlin, 5. August. (Eigenbericht.) Ueber die Art der von der französischen Regierung geplanten Zwangsmaßnahmen ist bisher inoffiziell bekannt geworden, daß von Frankreich das Ausweisungsverfahren eingeleitet werden soll. Zugleich erhalten die französischen Ausgleichsämter die Anweisung, an Reichsdeutsche keine Zahlungen mehr zu leisten. Außerdem habe nach hier vorliegenden Nachrichten die französische Regierung angeordnet, daß alle deutschen Staatsangehörigen aus Elsaß-Lothringen auszuweisen und ihre Vermögen zu beschlagnahmen sind. Die französischen Amtsorgane haben die Listen der auszuweisenden Personen bereits zusammengestellt. Es handelt sich dabei in erster

Linie um die vermögenden Reichsdeutschen, die im Elsaß ansässig sind. Zunächst wird die Ausweisung von 1000 Personen, späterhin die Ausweisung von weiteren 1000 Personen erfolgen. Allen alleinlebenden Ausgewiesenen soll es gestattet sein, 100.000 Mark, Ausgewiesenen mit Familie 200.000 Mark mitzunehmen. Alles bewegliche und unbewegliche Vermögen wird beschlagnahmt. Weitere Retorsionen sollen dann für die nächste Zeit vorgesehen sein. Es wird aber betont, daß alle Retorsionen sich nur auf Gebiete erstrecken, die unter französischer Oberhoheit stehen. Militärische Maßnahmen sollen keine getroffen werden.

Deutschlands öffentliche Arbeiten auf das Reparationskonto.

Paris, 4. August. Die Reparationskommission hat den Entwürfen der großen öffentlichen Arbeiten, die von Deutschland auf das Reparationskonto ausgeführt werden sollen, grundsätzlich zugestimmt. Die Entwürfe waren im Ministerium für öffentliche Arbeiten ausgearbeitet und der Reparationskommission vom Ministerpräsidenten vorgelegt worden. Die Kommission behält sich das Recht vor, ihre endgültige Zustimmung zu erteilen, wenn ihr die Einzelheiten eines jeden

Entwurfes vorgelegt worden sind, wie z. B. die Dauer der Arbeiten, die Verteilung der Lieferungen zwischen französischer und deutscher Industrie, die Arbeits- und Lohnverhältnisse, die Unternehmer bei jedem Unternehmen usw. Alle diese Ausführungsbedingungen müssen jetzt zwischen der deutschen und der französischen Regierung vereinbart werden. Inzwischen soll der Arbeitsminister die technischen Einzelheiten für die Ausführung der Entwürfe feststellen, sowie auch für jedes Unternehmen im einzelnen die Verteilung der Lieferungen prüfen.

völkerung dieses Staates ein gerüttelt Maß von Schuld tragen, deren Vorherrschaftsstreben im alten Oesterreich von ihren tschechischen Klassen-genossen zum Vortwand genommen wird und für die Tschechen von heute geradezu sittliches Argument geworden ist. Ihnen fehlt die moralische Autorität gegen das Unrecht anzukämpfen, das den breiten Massen der arbeitenden deutschen Bevölkerung zugefügt wird und die Sozialdemokratie, welche die einzige durch die Vergangenheit unbemerkte deutsche Partei ist, würde sich durch dieses Bündnis nur selbst kompromittieren. Die deutsche Sozialdemokratie kann mit dem deutschen Bürgertum nicht zusammengehen, weil die politischen Parteien des deutschen Bürgertums sich immer auf Seiten seiner Feinde befunden haben, weil sie die Feinde der Demokratie und des geschichtlichen Fortschrittes im alten Oesterreich gewesen sind und weil das deutsche Bürgertum der skrupellose

Klassenfeind der deutschen Arbeiterschaft ist. Gerade in der Zeit der Wirtschaftskrise erweist sich, daß das deutsche Bürgertum dem deutschen Arbeiter nicht einen Bissen Brot gönnt und daß die deutschen Unternehmer im Lohnabbau es ihren tschechischen Kollegen vollständig gleich tun. Dadurch, daß sie die Masse des arbeitenden deutschen Volkes am liebsten verelenden lassen möchten, steht man, wie weit es mit ihrer Liebe zum deutschen Volke her ist. Sie haben den deutschen Namen in der Vorkriegszeit um die Achtung aller Nationen der Welt gebracht und sie sind mitschuldig an dem grausamen Schicksal, das das deutsche Volk in Deutschland, Oesterreich und in der Tschechoslowakei erfahren hat. Die Vierbankpolitik ihres impotenten Kraftmeiereitums wird die deutsche Arbeiterschaft nicht mitmachen!

Der polnische Wahlrechtsraub.

(Von unserem G.-Korrespondenten.)

Krakau, den 4. August 1922.

Der polnische Reichstag, der souveräne Sejm hat endlich nach unendlichen Mühen die Wahlordnung beschlossen, nach welcher die zukünftigen Volksvertreter für die gesetzgebende Versammlung Polens gewählt werden sollen. Die Wahlordnung des sozialistischen Ministeriums Moraszezewski, nach welcher der jetzige Sejm gewählt wurde, wird also abgelöst von einer Wahlordnung, die das geheime, direkte und Proporzwahlrecht, wie man meinen sollte, in reiner und unverfälschter Art bringen wird. Aber die Macher der neuen Entschwerungswahlordnung haben bewiesen, daß trotz geheimer, direkter und Proporzabstimmung das unglaubliche Unrecht an den Wählern begangen werden kann.

Die im heutigen Sejm, in dem Riesengebiet, insbesondere der nationalen Minderheiten nicht oder durch nicht gewählte, sondern ernannte „Abgeordnete“ vertreten sind, beschlossene Wahlordnung hat ein Ziel und einen Zweck, die Niederwerfung und das Mundtotmachen der kleinen Parteien, insbesondere der nationalen Minderheiten. Am schwersten werden wohl aber die sozialistischen Organisationen der Minderheitsnationen Polens getroffen. Es ist geradezu unglaublich, mit welchem Raffinement und welcher Spitzfindigkeit die Bestimmungen der Wahlordnung gegen die kleinen Volkspoliten getroffen sind. Das, was gerade das Proporzsystem bewirkt, auch den Minderheiten, sofern sie nur im Reiche genügend Gesamtstimmen aufbringen, eine Vertretung zu sichern, wird durch das neue polnische Gesetz in das Gegenteil gekehrt. Man muß über den Ignoranz, mit dem die Bestimmungen gemacht wurden, sogar in Polen, wo man an vieles gewohnt ist, erstaunen. Und schon hier muß die Rolle, die die P. P. S. (die polnischen Sozialisten) bei den Beratungen gespielt haben, festgestellt werden. In letzter Minute, als es bereits zu spät war, hat die Parteileitung einen letzten Protest gegen die Wahlordnung herausgegeben, hat zur Entschuldigung in dem Zentralorgan die Wahlordnung, an der sie mitschuldig ist, einen „Beitrag“ genannt. Über die Stellung der P. P. S. innerhalb der Parteien des Sejm kennt, wer die Furcht beobachten kann, die die Parteileitung vor dem linken Flügel hegt, wer die opportunistische Politik der P. P. S. überhaupt verfolgt, wird über deren Haltung und über den schwächlichen Protest, der der Opposition den Wind aus den Segeln nehmen sollte, wenig erstaunt sein. Ja, wer näher zuseht, wird gleich bemerken, daß auch die P. P. S. aus den reaktionären Maßnahmen der Wahlordnung ihre Profite ziehen wird.

Sehen wir zu, welche Maßnahmen die Reaktion anwendet, um aus dem Proporzwahlrecht eine reaktionäre Waffe gegen die Minderheiten zu schaffen.

Vor allem bildet die Einteilung der Wahlkreise die Möglichkeit, die nationalen Minderheiten zu verzwangeln. So geschah zum Beispiel in Schlesien, wo deutsche Minderheitsgebiete an das polnische Pleß und Rybnit angeschlossen wurden. Damit aber auch die Stimmen der Minderheit für die Staatslisten verloren gehen, ist in die Wahlordnung die Bestimmung aufgenommen, daß nur diejenigen Parteien Anspruch auf Mandate von der Staatsliste haben, die in mindestens sechs verschiedenen Wahlkreisen ihre Kandidaten durchgebracht haben. Schließlich ist auch das Wahlrecht kein gleiches. In national einheitlichen und national gemischten Wahlkreisen ist die Aufteilung verschieden. Deutlich tritt die Entrechtung der Minderheiten zutage, wenn man die Ergebnisse der Volkszählung mit der Verteilung der Mandate auf die Nationen vergleicht. Die offizielle Volkszählung vom Jahre 1921, die zumindest ein 10- bis 15-prozentiges Fehlergebnis zu ungunsten der Minderheitsnationen in Polen aufweist, stellt rund 67 Prozent Polen und 33 Prozent Minderheitsvölker auf. Die Wahlordnung stellt die Zahl der Mandate mit 444 fest. Somit sollten die Minderheitsnationen 146 Mandate erhalten. Nun aber werden die Mandate davor verteilt, daß in rein polnischen Wahlkreisen anstatt 67 Prozent in Wirklichkeit 74 Prozent der Abgeordneten gewählt werden, von denen selbstredend keiner einer Minderheitsnation angehören wird. In den national gemischten Wahlkreisen werden anstatt 33 Prozent bloß 26 Prozent der Abgeordneten gewählt, wobei wieder zu bedenken ist, daß infolge der Zusammenlegung der Wahlkreise gar manches Mandat an die Polen verloren gehen wird. So dürfte der zukünftige Sejm anstatt

Die deutsche Antwortnote.

Berlin, 5. August (Wolff.) Die deutsche Antwortnote über die Ausgleichszahlungen ist der französischen Regierung durch den deutschen Geschäftsträger in Paris, Votschastarat von Goesch, um 11 Uhr vormittags überreicht worden.

In der Antwort erklärt die deutsche Regierung unter Hinweis auf das Schreiben der Reparationskommission vom 13. Juli 1922 und auf die Antwortnoten der englischen und der belgischen Regierung, sie könne darnach annehmen, daß bereits vor dem 15. August 1922 eine grundsätzliche Regelung der Frage der Ausgleichszahlungen möglich sein werde.

Sollte diese Annahme nicht zutreffen, so wird die deutsche Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen bestrebt sein. Auf die Frage der Heranziehung der privaten Ausgleichsschuldner zu der finanziellen Abdeckung der Ausgleichsverpflichtungen, bemerkt die deutsche Regierung schon jetzt, daß ein dem Reichsrat vorliegender Gesetzentwurf eine Änderung des Verrechnungssystems vorsehe, nach welcher insbesondere auch die Ausgleichsschuldner stärker als bisher herangezogen werden sollen.

Nach dem Abkommen vom 10. Juni 1922 ist die einzige Rechtsfolge der Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen

wendigkeit zu sein. Und dafür arbeiten wir mit der ganzen Kraft unserer Jugend. — Wir freuen uns dieser frischen, jugendlichen Kundgebung, die ein offenes, unerschrockenes und mutiges Herz verrät und die uns sagt: „Die Jungen — sie zwischern nicht so, wie die Alten jungen.“

„Lob von Wien.“ Unter diesem Namen hat sich vor einiger Zeit in Prag ein Verein gebildet, der von den tschechischen Zeitungen als ein deutscher Verein bezeichnet wurde. In der gestrigen „Narodni Politika“ erscheint nun eine Erklärung des Vorsitzenden dieses Vereines, des deutschen Fabrikanten Geipel, welcher über diese Vereinsgründung Auskunft gibt. Danach ist der Verein nicht deutsch, sondern utraquistisch und auch seine Statuten wurden in tschechischer und deutscher Sprache eingereicht. Der Zweck des Vereines ist der Kampf gegen die deutsche Irredenta, welche angeblich besonders von Wien aus unterstützt wird (wohl mit österreichischen Kronen?) und eine große der tschechoslowakischen Republik feindliche Propaganda entwirft, in der es den Deutschen ein weit bessererhaltens in Wien“. Die „Narodni Politika“ greift natürlich mit großer Freude nach dieser Lobpreisung der tschechoslowakischen und fragt dann: „Wir sind neugierig, wie die in der tschechoslowakischen wohnenden Deutschen die Gründung dieses Vereines aufnehmen werden.“ Diese Frage wollen wir der „Narodni Politika“ gleich beantworten. Die deutschen Kapitalisten werden aus angeblich böhmischen Gründen teils den Verein bekämpfen, teils aber seine Mitglieder werden, um sich bei der Regierung ein gutes Bild einzulegen. Die deutschen Arbeiter werden über diesen Köder, der ein genau so plumper Mumpstanz ist wie die Gründung der „Prager Presse“, mit einem verständnisvollen Lächeln zur Tagesordnung übergehen.

Die Regelung des Religionsunterrichtes. Das Schulministerium hat an den Prager Landesratsrat folgenden den Religionsunterricht betreffenden Erlass herausgegeben: 1. Vom Beginn des Schuljahres 1922/23 an wird bewilligt, daß dort, wo die im § 4 des Ges. v. 20. Juni 1872, Nr. 86 R.-G., bestimmte Minimalzahl der Schüler erreicht worden ist, zwei Abteilungen eröffnet werden, wenn von den zwanzig eingeschriebenen Schülern wenigstens vier Schüler aus der 4. oder 5. Klasse sind. 2. In der Abteilung mit den Schülern der 1. und 3. Klasse muß der Religionsunterricht ausnahmslos in zwei Wochenstunden und in jener mit den Schülern der 4. und 5. Klasse in einer Wochenstunde erteilt werden. 3. Eine dritte Abteilung darf erst bei 40 angemeldeten Schülern errichtet werden, und bei einer größeren Zahl von Schülern kann immer für je weitere zwanzig Schüler eine neue Abteilung errichtet werden. 4. Eine Vereinigung der Schüler desselben Glaubensbekenntnisses aus verschiedenen Mittelschulen in derselben Stadtgemeinde zur Erlangung der Minimalzahl von zwanzig Schülern ist nur mit Bewilligung des Ministeriums möglich. 5. In diese Zahl dürfen weder Privatschüler, noch Schüler jener Klassen einbezogen werden, in denen der Religionsunterricht unobligat ist. 6. Die Einrichtung des sichergestellten Religionsunterrichtes hat bloß innerhalb der Grenzen dieser Grundzüge zu erfolgen, irgendwelche Abweichungen hievon (auch bezüglich des Punktes 4) sind erst tatsächlich einzuführen, sobald die vom Ministerium eingeholte Bewilligung eintrifft. Auf keinen Fall darf jedoch zugelassen werden, daß in einer Abteilung, wo nach Punkt zwei ein wesentlich zweistündiger Unterricht stattzufinden hat, bloß in einer oder in anderthalb Wochenstunden Unterricht erteilt werde. Anträge für solche Ausnahmen sind überhaupt nicht vorzulegen.

Nach der Staat Verträge einhalten? Am 24. Juni 1922 wurde mit der Bahnerhaltungssektion in B. Budweis für die Eisenbahnbauarbeiter auf der Grenzstation B. Dörfelach durch den deutschen Bauarbeiterverband in Reichenberg, gemeinsam mit dem Zentralverband in Prag ein Lohabvertrag abgeschlossen. Wir waren bisher der Meinung, daß ein Vertrag, welcher mit einem Ingenieur der tschechoslowakischen Staatsbahn

die, daß die beteiligten alliierten Mächte dieses striktes tändigen können. Die Rüdigung hätte die Wirkung, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über die Zahlung der jeweiligen Debitsiden wieder Anwendung finden würden. Als Sicherung für den Fall der Nichtzahlung gibt der Vertrag von Versailles den alliierten Mächten lediglich ein Pfandrecht an den Erlösen aus der Liquidation des deutschen Eigentums. Dem Sinn und Zweck dieser gerade für den Fall der Nichterfüllung vorgesehenen Bestimmungen würde die Anwendung der für den 5. August 1922 angeordneten Retorsionsmaßnahmen widersprechen, zumal für eine Zahlung, die überhaupt erst am 15. August fällig ist.

Seit Curer Erzellenz Note vom 26. Juli 1922 hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands weiter außerordentlich verschlechtert. Die Mark ist inzwischen auf ein Zweihundertstel ihres Friedenswertes gesunken und die Leistungsfähigkeit Deutschlands dementsprechend weiter zurückgegangen. Unter diesen Umständen gibt die deutsche Regierung eindringlich die Erwägung der französischen Regierung anheim, die Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und ihre Entscheidung bis zu den in der anliegenden englischen und belgischen Note erwähnten Verhandlungen der beteiligten alliierten Mächte zurückzustellen.

abgeschlossen wird, auch eingehalten wird. Nun sehen wir aber, daß sich das staatliche Unternehmen ebenso benimmt, wie es gewisse Privatunternehmer zu tun gewohnt sind, nämlich einen Vertrag als ungültigen freien Papier anzusehen. Die Löhne, welche gezahlt werden, sind mit nur ganz wenigen Ausnahmen um zwei bis vier Kronen pro Tag niedriger als die vertraglichen Löhne. Wir stellen an die Staatsbahndirektion in Pilsen die Anfrage, ob sie den Auftrag zur Nichterhaltung des Vertrages gab, ob die Bahnerhaltungssektion in Budweis oder der angesehene Baumeister diese Eigenmächtigkeit begangen hat?

Holzschläger in den Grenzwaldungen. Vom Ministerium für Landwirtschaft wird mitgeteilt: Im letzter Zeit werden in den Grenzbezirken Böhmens, Mährens und Schlesiens Nachrichten verbreitet, daß alle in der Grenzzone gelegenen Privatwälder vom Staate beschlagnahmt werden. Diese vollkommen unrichtigen Nachrichten riefen unter der Landbevölkerung begriffliche Verwirrung hervor und veranlaßten insbesondere bäuerliche Kleinwälder sowie Gemeindegewaldbesitzer zu überhäufteten Holzschlägerungen, wodurch erhebliche Schäden vom Standpunkte geordneter Waldwirtschaft verursacht wurden. Aus diesem Grunde sieht sich das Ministerium für Landwirtschaft veranlaßt, auf den klaren Wortlaut des Gesetzes, betreffend die Beschlagnahme des großen Grundbesitzes vom 18. April 1919, § 215 zu weisen. Nach diesem Gesetze wird beschlagnahmt und kann vom Staate gegen Entschädigung, die nach den Grundzügen des Entschädigungsgesetzes vom 8. April 1920, § 329, zu bestimmen wäre, nur der große Grundbesitz, d. i. Besitz von mehr als 150 Hektar landwirtschaftlichen Bodens (Felder, Wiesen, Gärten, Weingärten, Hopfengärten) oder 250 Hektar Bodens überhaupt übernommen werden. Grundbesitz, der kleiner ist, als oben angeführt, ist von der Beschlagnahme ausgeschlossen; ebenso ist ausgeschlossen von der Beschlagnahme Landes-, Bezirks- und Gemeindegut (Vermögen und Gut). Alle zirkulierenden Nachrichten, betreffend die Beschlagnahme beziehungsweise Verstaatlichung des bäuerlichen Kleinwaldbesitzes oder der Gemeindegewälder sind grundlos. Das Ministerium für Landwirtschaft macht gleichzeitig aufmerksamer, daß jede nicht behördlich bewilligte Schlägerung, welche den Bestimmungen des Gesetzes, betreffend den provisorischen Wälderschutz vom 17. Dezember 1919, § 82, widerspricht, mit aller Strenge geahndet werden muß und gemäß § 5 des zitierten Gesetzes gerichtlich mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten und Geldstrafe bis zu 5 Millionen Kronen bestraft werden kann. Das Ministerium für Landwirtschaft, welchem die Aussicht über die Wäldungen und die Sorge um geordnete Waldwirtschaft obliegt, kann im Falle einer begründeten Befürchtung der Verletzung dieses Gesetzes die Sequestrierung der Wälder einzelner Besitzer auf deren Kosten anordnen.

Ausland.

Die deutsche politische Polizei — deutschbolschisch!

Unser Berliner Bruderblatt, die „Freiheit“, veröffentlicht mehrere Schriftstücke aus dem deutschbolschischen Lager. Sie haben den Teilnehmer am Athenamord, M. Günther, zum Verfasser und beziehen sich auf die Tätigkeit des „deutschen nationalen Studentendienstes“, dessen Geschäftsführer der besagte Herr Günther war. Der Studentendienst hat es sich zur Aufgabe gemacht, das „Waterland zu retten“ und den letzten deutschen Arbeiter von dem Einflusse seiner jüdisch-bolschewistischen Führer zu befreien. In seinem Programm wird u. a. gefordert:

1. Bildung von Stoßtrupps zur Sprengung gegnerischer Versammlungen.
2. Organisation eines besonderen Presseendienstes für die Rechtsparteien.
3. Organisation von Fünfminutenre-

bern für Straßenpropaganda bei Auffäusen. Die Redner sollen dem deutschen Volke die deutschbolschischen Ideen einimpfen, das Fehlen einer solchen Organisation habe mit zum Mißlingen des Kapp-Unternehmens beigetragen.

4. Einrichtung eines besonderen Spieldienstes für politische Aufklärungs- und Ermittlungsverfahren, dabei Hand in Hand arbeiten mit der politischen Polizei durch Vermittlung des Grafen Reventlow.

5. Unterstützung der Zeitfreiwilligenformationen und des Selbstschutzes in jeder Hinsicht.

6. Fühlungnahme mit den nationalen Führern in außerdeutschen Ländern, wie Oesterreich, Ungarn, Türkei.

Nach diesem Schema hat der deutschnationale Studentendienst bisher tatsächlich gearbeitet. Sein „Presseamt für die Rechtsparteien“ versorgte die monarchistischen Zeitungen mit verlogenen Nachrichten über angebliche Putschabsichten der Arbeiter. Auch die Stoßtrupps zur Sprengung von gegnerischen Versammlungen sind wiederholt in Aktion getreten, häufig wurde dabei mit Totschlägern gearbeitet, oder scharf geschossen. Auch der Spieldienst funktionierte ausgezeichnet, umsonst, als er mit der politischen Polizei (Abt. Ia beim Berliner Polizeipräsidium) sehr gut zusammenarbeitete. Der Kriminallist Hans Hyan, der leßthin in der „Bolschischen Zeitung“ einen lehrreichen Aufsatz über die politische Polizei veröffentlicht hat, behauptete u. a., daß Günther im Dienste der Polizei gestanden habe. Die angegriffenen Behörden haben dazu bisher geschwiegen. Wollen sie nicht wenigstens jetzt reden? Der Schutz der Republik gebietet, eine polizeiliche Stelle, die mit deutschnationalen Wörtern und Propagandateuren zusammenarbeitet, sofort auszusräumen, auch wenn die guten Beziehungen, die der Graf Reventlow mit ihr unterhält, dabei verloren gehen.

Bolschewistischer Terror in Georgien.

Vom Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Georgiens und Staatspräsidenten der Georgischen Republik Roë Jordania erhalten wir nachfolgendes Telegramm:

„Nach einer mir soeben aus Tiflis zugegangenen Mitteilung hat die Moskauer Regierung beschlossen, die in den Gefängnissen Georgiens in Haft befindlichen georgischen Sozialisten nach Rußland zu verbannen, um sie dort in russischen Gefängnissen zu internieren und in erster Reihe die inhaftierten georgischen Offiziere nach Astrachan abzuschieben. Astrachan ist der Ort, wo die Moskauer Regierung ihre politischen Gegner gewöhnlich im Stillen umbringen läßt. Da die Ueberführung nach Rußland für die georgischen politischen Gefangenen den sicheren Tod bedeutet, haben sie in allen Gefängnissen einmütig beschlossen, lieber am Ort zu sterben als sich dem Moskauer Befehl zu fügen. In den georgischen Gefängnissen sind daher blutige Zusammenstöße unvermeidlich.“

Hinzufügen möchte ich noch, daß keinem einzigen von den tausenden in Georgien eingekerkerten Sozialisten bisher angegeben wurde, welches Verbrechen ihm zur Last gelegt wird, obwohl manche schon seit mehr als 17 Monaten eingekerkert sind. Ich bitte im Namen meiner Partei die Bruderparteien des Auslandes, an die Moskauer Regierung die Forderung zu richten, die georgischen Sozialisten entweder vor Gericht zu stellen oder sie sofort zu befreien.“

Proteste gegen die Moskauer Worbjustiz.

Das Pariser Gewerkschaftsblatt „Peuple“ setzt die Veröffentlichung der zahlreichen Proteste der Arbeiterorganisationen, die telegraphisch nach Moskau gesandt worden, fort. Wir haben aus ihnen folgende hervor: Der französische Textilarbeiter-Verband, empört durch den Leidenzprozeß, der auf Grund der Aussagen eines Verräters gegen russische Revolutionäre von der russischen Regierung eingeleitet wurde, fordert im Namen seiner 80.000 Mitglieder die Befreiung aller revolutionären Kämpfer. „Der Verband der Arbeiter bei den öffentlichen Arbeiten empfiehlt der russischen Regierung, sich nicht in den Augen des Weltproletariates zu entehren und die Gerichtskommission in Moskau einzustellen. Was bei einer kapitalistischen Regierung begreiflich ist, wird zu einem Verbrechen bei Personen, die sich auf die Grundzüge berufen, die von Karl Marx, Engel, Liebknecht, Jaures vertreten wurden. Wir wollen hoffen, daß die Sowjetregierung einzieht, daß sie schon genügend für die Spaltung der Arbeiterklasse geleistet hat und daß sie kein neues Verbrechen begeht, das sie für immer außerhalb der Reihen der internationalen Arbeiterbewegung stellen würde.“ Insgesamt sind bis zum 30. Juli aus Paris nach Moskau gesandt worden: 14 Proteste von Arbeiterverbänden, 15 von Gewerkschaftskartellen, 18 von einzelnen Gewerkschaften, 5 von politischen Organisationen. Die Gesamtzahl der Arbeiter, die sich in Frankreich diesen Protesten angeschlossen haben, beläuft sich bisher auf ca. 400.000.

Die Moskauer Vorhut.

Es ist eine Lieblingsbeschäftigung der Kommunisten, sich selbst als „Vorhut des Proletariats“ zu lobpreisen. Wie es mit dieser Vorhut bestellt ist, zeigt ein Bericht über die Vorstände der russischen Gewerkschaften — der Vor-Vorhut der roten Gewerkschaftsinternationale — den wir der „RSG“ Nr. 4 (15) entnehmen. Es heißt darin unter anderem:

„Unter 39 Sekretären und Vorsitzenden der Zentralkomitees der Verbände haben wir 19 mit einer Vorstufen-Karte, d. h. einer solchen, die dem Beschluß unserer Dezember-Konferenz entspricht, und 20 Kommunisten, die erst nach der Oktober-Revolution in die Partei eingetreten sind. . . .

Vom Präsidium des Zentralkomitees heißt es: Von 140 von uns registrierten Personen haben 84 vor dem Jahre 1917 der Partei angehört, während 74 in der Zeit von 1917—1920 und 27 Personen seit dem Jahre 1920 in die Partei eingetreten sind. Von diesen 140 Personen waren zu unserer Partei 36 Menschewiki, 22 S. R. und aus anderen Parteien 8 Personen übergetreten, zusammen 66, darunter 39 aus illegalen Parteien.

Also 46 Mitglieder des Zentralkomitees-Präsidiums sind überhaupt erst nach der Machtergreifung „Sozialist“ geworden. Es kommt aber noch schöner:

Was die erweiterten Zentralkomitees betrifft, so sehen wir folgenden Bild: bis zum Jahre 1917 waren 72, von 1917—1920 211 und später 47 Personen, insgesamt also 330 in die Partei eingetreten, davon 66 Menschewiki, 25 S. R., 9 aus anderen Parteien, zusammen 100 Personen.

Unter den 23 Kommunisten des Zentralkomitees des „Verbandes für Volksverbündung“ (Post, Telegraph usw.) ist nicht ein einziger, der vor der Oktober-Revolution Sozialist war. —

Und diese Leute, die vor einigen Jahren noch keinen Schimmer von Sozialismus hatten, spielen sich jetzt als Weltbegleiter und Lehrmeister für die ganze Welt auf. Sie gründen eine „Rote“ Internationale nach der anderen, und wer diese verbuchhalterische Tätigkeit nicht unterstützt, wird als „Verräter“, „Renegat“, „Kettenhund der Bourgeoisie“ und was sonst noch alles beschimpft.

Telegramme.

Kurzfristiger Zahlungsausschub für Deutschland?

Frankreich fordert die Annahme eines vollständigen Planes finanzieller Reformen.

Paris, 4. August. Die „Agence Havas“ verbreitet folgende Meldung: Die diplomatischen Kreise bewahren auch weiterhin das strengste Schweigen über die französische Auffassung, die Poincaré am Montag in London vor den Alliierten vertreten wird. In gewissen politischen Kreisen, die im allgemeinen gut unterrichtet sind, versichert man jedoch: Wenn es auch offensichtlich ist, daß Deutschland einen großen Teil der Verantwortung an seinem finanziellen Zusammenbruch trägt, so scheint es schwierig, die Feststellung bestimmter Tatsachen zu erlangen, die juristisch einen abschließlichen Verstoß gegen den Vertrag in der Vergangenheit beweisen würden. Infolgedessen könnte Deutschland ein kurzfristiger Zahlungsausschub von vier bis acht Wochen für die nächsten Zahlungen gewährt werden. Während dieser Zeit müßte jedoch Deutschland in einwandfreier Weise Beweise seines guten Willens dadurch geben, daß es einen vollständigen Plan finanzieller Reformen annimmt und verwirklicht, so Geldreform, Zollkontrolle usw. Gleichzeitig müßte die allgemeine Hypothek auf Deutschland, welche die Alliierten nach dem Friedensvertrage besitzen, in Kraft treten, wie Abgabe von 26 Prozent des Kapitals der deutschen Industrieunternehmen, Inbetriebnahme und sogar Abtretung der staatlichen Bergwerke und Forsten auf dem linken Rheinufer. Sollte sich Deutschland weigern, sich diesen Maßnahmen zu unterwerfen oder Schwierigkeiten machen, so würde diesmal ein freiwilliger Verstoß offen zutage liegen, und die Alliierten hätten kein anderes Mittel als nach Ablauf des festgesetzten Termins Zwangsmassnahmen im Rheinlande und Ruhrgebiete zu treffen, besonders durch die Ueberwachung der Transportmittel. In diesem Falle wird die französische Regierung, wie man versichert, unter voller eigener Verantwortung vorgehen, da sie diese Kontrolle als unerlässlich betrachtet.

1 Scheidewolke — 1902 Mark.

Berlin, 5. August. (Eigenbericht.) Der gestrige Kursrückgang für fremde Zahlungsmittel war nur von kurzer Dauer. Heute herrschte an der Berliner Börse wieder eine starke Nachfrage nach ausländischen Devisen. Der Dollar stieg von 761 auf 788, das englische Pfund von 3375 auf 3515 und die tschechische Krone von 1797 auf 1902. Welche Folgen der neue Kurssturz der Mark für die deutsche Wirtschaft hat, das zeigt sich deutlich in der schnellen Vermehrung des Papiergeldumlaufes.

Der internationale Bergarbeiterkongress in Frankfurt.

Frankfurt, 4. August. Der Vorstand des Internationalen Bergarbeiterverbandes ist heute zur Vorbereitungs der Verhandlungen des vom 6. bis 11. August hier tagenden 26. Internationalen Bergarbeiterkongresses unter dem Vorsitz des Mitgliedes des englischen Unterhauses Herbert Smith hier zusammengetreten. Die allgemeine Tagung, zu der etwa 150 Delegierte erwartet werden, beginnt am Sonntag Abend. Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen Anträge über die Regelung der Arbeitszeit und

Die Schredensherrschaft der Faschisten.

Nach eigener Angabe haben die Mordbrenner in den letzten Tagen in 43 Städten 30 sozialistische Zentralen, 20 genossenschaftliche Unternehmungen und 18 Arbeiterkammern zerstört oder vernichtet. — Der „Avanti“ in Flammen!

Rom, 5. August (Havas). Aus einem von den Faschisten ausgegebenen Berichte ist ersichtlich, daß sie in den letzten Tagen ihre Tätigkeit in 43 Städten entfaltet haben. Während dieser Zeit wurden an 30 sozialistische Zentralen, an 20 genossenschaftliche Unternehmungen und 18 Arbeiterkammern beseht oder vernichtet. Die Faschisten besehten die Rathhäuser in Alexandria, in Mailand und Livorno und nötigen die sozialistischen Mitglieder der Gemeindeverwaltung in Novi Ligure und Novara und die gesamte Munizipalverwaltung in Livorno zum Rücktritte.

In Parma und in Bari kam es zu heftigen Zusammenstößen der Kommunisten mit den Faschisten.

Mailand, 4. August (Havas). „Il Mondo“ meldet, daß 500 Faschisten einen Teil des Gebäudes, in welchem die Druckerei und der Verlag des „Avanti“ untergebracht sind in Brand gesteckt haben. Die Arbeiter der Druckerei töteten einen Faschisten und verletzten einige. Als die Polizei einschritt, kam es zu einem Feuergefecht, bei welchem zwei Personen getötet und zahlreiche verletzt wurden.

Bürgerkrieg in Mailand, Genua und Ancona.

Rom, 5. August. Die Repressalien der Faschisten dauerten gestern an vielen Orten an. In Mailand, wo die Kommunisten die Wiederaufnahme der Arbeit verhindern wollten, setzten die Faschisten die Demission des sozialistischen Stadtrates und die Einsetzung eines Regierungskommissärs durch, worauf sie das von ihnen besehte Rathaus räumten. Die Industriellen verhängten als Antwort auf den Streik einen Tag Aussperrung. In der Nacht kam es zu Straßenkämpfen. Die Faschisten zerstörten mehrere Sozialistenheime. Zwischen Arbeitern und Faschisten kam es zu Kämpfen mit Bomben, wobei viele Personen getötet und verwundet wurden. Endlich gelang es den Carabinieri unter Verwendung von Maschinengewehren dem Kampf ein Ende zu machen.

In Genua kam es im Laufe der Nacht zu zahlreichen Kämpfen, dem erst Truppen ein Ende machten. Ein faschistischer Arbeiter wurde erschlagen.

In Livorno wurde die Ruhe nicht gestört. Im Laufe der letzten Tage wurden hier acht Personen getötet.

In Ancona ist die Lage fortgesetzt ernst. Die Faschisten erscherten zwei Arbeiterheime ein. Auch hielten sie aus dem Minoritätenloster zwei Sozialisten heraus, die beschuldigt wurden, auf Faschisten geschossen zu haben, fälligten die beiden und ließen die Klosterbrüder verhaften. Die Arbeiterkammer wurde zerstört und mehrere Telegraphenleitungen abgeschnitten. Einige Flüge, in denen sich Faschisten befanden, wurden von den Arbeitern beschossen, worauf die Faschisten zwei Arbeiter ergriffen und sie sofort erschossen. Die Wohnung des kommunistischen Abgeordneten Cornesi wurde demoliert, ebenso die sozialistische Druckerei, faschistische Organisationen treffen aus Umbrien, Bologna und anderen Orten ein. Die Faschisten erklären, daß sie in der Stadt verbleiben werden, bis die flüchtigen Führer des Aufstandes verhaftet sein werden.

Rom, 5. August. Aus Triest wird berichtet, daß die Arbeiterkammer in Rugia zerstört worden ist. In Parma liegen sich Faschisten und Kommunisten tagüber in Schützengräben gegenüber. Dazwischen waren Truppen aufgezogen. In Görz versuchten heute nachts Kommunisten mit Maschinengewehren in das Innere der Stadt einzudringen. In Mestre wurde der sozialistische Gemeinderat gezwungen, zu demissionieren.

der Arbeitsbedingungen, über die Sozialisierung des Bergbaues, über die Errichtung eines internationalen Informationsbüros sowie über den wirtschaftlichen Stand des Bergbaues und der Bergarbeitergesetzgebung.

Bergarbeiterkonferenz in Oltrau.

Mähr.-Oltrau, 5. August. Heute fand im Lagger Volkshause eine Konferenz der Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes und der Vorsitzenden der Betriebsräte statt. Die Konferenz sollte auf die letzten Forderungen der Grubeninhaber, daß die Organisation der Bergarbeiter der Aufhebung der Sechsstundenarbeitszeit und der Teilung der Arbeitszeit bestrite, Antwort erteilen. Die Konferenz erklärte in einer Resolution, daß die Arbeiterschaft keine weiteren Zugeständnisse bezüglich der Arbeitszeit und des Kollektivvertrages macht, da der Antrag der Arbeitgeber mit der Prager Abmachung über die Arbeitszeit am Samstag im Widerspruch steht. Die Arbeiterschaft hat schon beim letzten Kollektivvertrage genügend Zugeständnisse gemacht und besteht daher auf der Einhaltung der bisherigen Abmachungen. Was die Arbeitszeit der Tagarbeiter anbetrifft, ist die Konferenz der Ansicht, daß sie diese voll ausnützen soll, damit keine einzige Stunde verloren gehe, beharrt aber auf der einfachen Frequenz. Auch bezüglich der Kollektivverträge besteht die Konferenz darauf, daß die Arbeitszeit und das Dreischichtensystem nicht durchbrochen wird.

Die Griechen ziehen sich zurück.

Konstantinopel, 5. August. Die letzten 24 Stunden herrschte an der Grenze vollständige Ruhe. Im Gebiete von Tschadatscha zogen sich die Griechen zurück. Die alliierten Truppen wurden verstärkt.

20 Führer freitender Bergarbeiter verhaftet.

Budapest, 5. August. Wie „Uj Nemzedel“ meldet, ist in den Salgo Tarjaner Kohlenwerken ein Streik ausgebrochen. Die Führer der streikenden Bergarbeiter, 20 an der Zahl, wurden verhaftet. Bisher hat sich kein Zwischenfall ereignet.

Vom irischen Kriegsschauplatz.

Dublin, 5. August (Havas). Die in Fenit aus Land gegangenen nationalen Truppen bemächtigten sich der Städte Tralee, Tabert und Ballinlongfort (famliche in der Grafschaft Kerry) und rüden gegen Dinstowel vor.

Japanisch-russische Verhandlungen.

London, 5. August. Reuter meldet aus Tokio: Die japanische Regierung bemüht sich, die Sowjetregierung zu überreden, Sibirien in gleicher Weise für alle Nationen zu öffnen, wobei die Verwaltung des Landes Rußland überlassen bleiben soll. Zu diesem Zwecke sind Verhandlungen mit der Republik des Fernen Ostens eröffnet worden. Japan geht darauf aus, die Handelsbeziehungen mit Rußland wieder aufzunehmen. Wahrscheinlich werden die Japaner und Russen in Chargin zusammenzutreffen. Die Räumung Sibiriens durch Japan wird gleichviel, ob ein Abkommen geschlossen werden wird oder nicht, erfolgen.

5000 Tote durch einen Taifun.

Hongkong, 5. August. (Hs.) Nach einem Radiotelegramme des Dampfers „Kwaifang“ richtete ein Taifun in der Gegend von Swatow großen Schaden an. Es werden 5000 Tote gemeldet.

Erinnerungen.

Aus den Anfängen der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung.

Von Wilhelm Riesecker.

Die durch die Streiks im Sommer 1868 genährte Arbeiterbewegung in Reichenberg und Umgebung führt zu einer Art politischen Organisation der Arbeiterschaft, an deren Spitze ein Komitee gesetzt wurde. Dieses „Sozialdemokratische Komitee“ hatte die Oberleitung und kann so gewissermaßen als die erste Parteiverbreitung betrachtet werden, die von Reichenberg aus Fäden nach allen Richtungen spann. Diesem Komitee gehörten an: Josef Krosch aus Friedland, Josef Appelt, Anton Ferdl, Franz Rasper, Wenzel Groß und Josef Hannich, (der heute noch lebt). Die meisten von ihnen waren Tuchmachergehilfen und waren

auch noch lange Jahre als führende Sozialdemokraten in der deutschböhmisches Arbeiterbewegung tätig. Als Obmann dieses Komitees wurde Josef Krosch gewählt, während Josef Appelt sein Stellvertreter wurde. Die Besprechungen des Komitees fanden allwöchentlich im „Gasthaus zum Feldschlößchen“ statt, das auch eine ganze Reihe von Jahren Vereins- und Verkehrslokal für die Arbeiter von Reichenberg und Umgebung wurde. Dasselbst wurde auch beschlossen, einen „Allgemeinen Arbeiterverein“ zu gründen, der nichtpolitisch sein sollte. Offenbar hatte man bei der Wahl dieses Namens an den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ in Deutschland gedacht, der durch Ferdinand Lassalle ins Leben gerufen wurde. Noch ehe das Statut von der Prager Statthalterei bewilligt worden war, agitierte man in Stadt und Land für den Eintritt in diesen Verein. Mit Zustimmung des Stadtrates Jahnel wurden die Einschreibungen durchgeführt und Mitgliedsbeiträge entgegengenommen.

Zu denen, die in dieser Zeit sich in den Verein einschreiben ließen, gehörte auch Josef Schiller, der mit seinem großen agitatorischen Talente die Mitglieder förmlich aus dem Boden stampfte. In einer der Versammlungen, die zu jener Zeit im Gasthause „Zum Feldschlößchen“ abgehalten wurden, und in der Josef Schiller zum ersten Mal auftrat, trug er das Gedicht „Das Sklavenjoch“ vor, dessen Verfasser er war. Es begann:

„Zerbrich das Joch, zerreiß die Ketten;
Zerreiß sie, Volk Germanien.
Noch ist es Zeit, um uns zu retten
Und aus der Sklaverei zu gehn.

Nur Freiheit ist der Mensch geschaffen,
Dies ist auch ewig unser Glück
Alein die Fürsten nur und Pfaffen
Erzogen uns am Sklavenstrick.

Jetzt wissen wir, es ist erlogen,
Sie haben uns tyrannisiert,
Und an der Nase herumgezogen,
Und unsre Rechte insultert.

Zwar wissen wir: der Ordnung wegen,
Und zu erhalten Glück und Ruh,
Muß die Justiz die Rechte pflegen.
Das geben wir ja gerne zu.

Doch können wir unmöglich glauben,
Den Fürsten sei das Recht verlichen
Uns Kinder, das und Gut zu rauben
Und übers Ohr das Fell zu ziehn.“

Und dann hieß es zum Schluß ungefähr folgendermaßen:

„Rein Brüder, wenn wir kämpfen müssen,
Soll doch unser warmes Blut,
Für Völkerecht, für Freiheit fließen,
Nicht für der Fürsten Uebermut.“

Jetzt da die Freiheitsflamme lodert,
Ist unser Vaterland in Rot,
Und seine Hilfe, die es fordert,
Heißt Brüder: Freiheit oder Tod!“

Dieses Gedicht, in der Form etwas holprig und nicht klar genug den sozialistischen Gedankengang wiedergebend, fand in der damals jungen Arbeiterbewegung jubelnden Beifall. Schiller, der eine starke poetische Ader besaß, hat auch eine große Menge meist satyrischer, auf die reichen Profiter und Volksfeinde aller Kategorien bezughabende Gedichte verfaßt, die hin und wieder abgedruckt, leider aber bisher nicht gesammelt und in einem Bande erschienen sind.

Schiller, der Viebling der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung, der ein guter Gesellschaftler war und auch manchmal etwas zu viel „feucht-fröhliche“ Stimmung genoh, war kein Feldherr für eine große politische Kampfpartei, er wollte bei seinem ungebundenen Freiheitsdrange auch keiner sein. Aber er war ein Haudbegen, der die Massen mit seinen Feuerworten zu entzünden und mit sich fortzureißen verstand. Er schied verdröhen, im Unfrieden mit seinen Genossen, im Jahre 1895 oder 1896 aus Reichenberg, um in Amerika sein Glück zu versuchen, das er aber jenseits der weiten Wasserwüste nicht fand. Er konnte eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit nicht finden und starb im Lande des Sternennanners am 16. August 1897, 51 Jahre alt.

Zur Gründung des geplanten Arbeitervereines im Jahre 1869 kam es aber nicht. Das eingereichte Statut wurde im Hinblick auf den § 6 des Vereinsgesetzes — wegen Staatsgefährlichkeit — nicht bewilligt. Ja noch mehr: eine Reihe von Personen, die mit Zustimmung des Stadtrates Dr. Jahnel Einschreibungen vorgenommen und Mitgliedsbeiträge kassiert hatten, wurden in Anklagezustand versetzt und verurteilt, was nicht wenig Empörung unter der Arbeiterschaft hervorrief. Doch die Bewegung litt nicht darunter.

Die erste große Volksversammlung.

Die einen Denkstein in der Entstehungsgeschichte der deutschböhmisches Arbeiterbewegung bildet, fand am 8. September des Jahres 1869 im Garten des „Gasthauses zum Feldschlößchen“ statt. Es handelte sich dabei um das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Also um ein Recht, das nach heftigem Kampfe erst im Jahre 1906 von der Arbeiterschaft errungen wurde, so daß im Jahre 1907 die Sozialdemokraten des alten Oesterreichs 82 Mandate errangen. Das war das Resultat eines 37jährigen, fast ununterbrochenen Wahlrechtskampfes. — Redner zu dieser Versammlung hatte man sich aus Leipzig verschrieben. Und

zwar Dr. Rüd aus Leipzig und Mühlwasser aus Brunn. Auch Josef Krosch ergriff in dieser Massenversammlung das Wort. Nach etwa dreistündiger Dauer wurde sie geschlossen, um in dem naheliegenden Waldchen, bis in die Nacht hinein fortgesetzt zu werden. Dabei wurden Gedichte vorgetragen und dazwischen hinein immer wieder Reden gehalten und — hier getrunken, das der Feldschlösschenwirt herbeigeschafft hatte. Kurz der Tag ein Spätsontag, an dem die Sonne blutigrot unterging, war gelungen. Später fand man sich nochmals im „Gasthaus zum Feldschlösschen“ zusammen, wo es vom frischen looing. Schiller trug eines seiner Gedichte, „Der Kampf beginnt“ das erstmal vor.

Und — der Kampf begann auch. Josef Krosch, der damals der politisch geschulteste und bei seinem Agitationseifer und seiner Vortragsweise der erste Mann der Reichenberger und der nordböhmischen Bewegung war, wurde aus der Arbeit entlassen und auf die „Schwarze Liste“ gesetzt, sodas er weit und breit keine Arbeit finden konnte. Doch er kam deswegen nicht um. Die Arbeiter bekundeten ihre Solidarität; sie sammelten für ihren gemährten Kollegen, so das er sich über Wasser halten und weiter agitieren konnte. Sonntags wurde insbesondere auf den Dörfern die Sammeltrommel gerührt und mancher Gulden für die Entlassenen aufgebracht, denn Krosch war es nicht allein, der auf das Pflaster gemworfen wurde; es folgten ihm Andere, die die Wut der Herren über die, welche die Freiheit hatten, bessere Arbeitsbedingungen und gleiche Rechte für alle Menschen zu verlangen, herausgeschrien hatten.

Der Sozialismus ließ sich aber nicht vernichten und seine Führer, die zumeist Tuchmachergehilfen und in vielen Fällen auch Meisterföhne waren, liehen sich nicht ins Bodhorn jagen. Obwohl sie keine akademisch Gebildeten unter sich hatten — denn die Herren Doktoren wichen ihnen dazumal aus, wie der Pest — hielten sie doch ihr Banner, allen Widerwärtigkeiten trotzend, hoch. Sie Beispiel ihrer Tüchtigkeit und ihres Mannesmuten sei hier angeführt:

Es ereignete sich nämlich, das dem Wirt im „Feldschlösschen“ vom Magistrat, der heute noch in Reichenberg die Funktion einer politischen Bezirksbehörde für das Stadtgebiet ausübt, die Schankkonzession entzogen wurde. Was taten nun die Genossen, um ein neues Obdach zu finden? Sie beschlohen, alle Sonntage früh in das Hotel „zum goldenen Löwen“ in die Christiansstadt zu gehen. Dieses Hotel war das nobelste der Stadt, in dem nur die reichen Fabrikanten verkehrten und durchreisende Minister oder sonstige Größen logierten. Die Genossen aber, die, wie schon erwähnt, oft Bürger- oder Meisterföhne waren, gingen Sonntag für Sonntag per Fälniederhut, wie es dazumal noch Brauch war, in den „Goldenen Löwen“, um sich bei einem Biere zu unterhalten. Der Wirt machte freilich eine saure Miene dazu, weil die Herrschaften, die allsonntäglich ihren Frühstücken dort einnahmen, ausblieben, aber er konnte sie nicht abweisen, weil sie ihr Bier so gut zahlten wie jeder Millionär oder Herr von. Eines schönen Sonntagmorgens aber fand sich der Polizeikommissar Knirsch ein und überbrachte den proletarischen Eindringlingen im Fälniederhut die frohliche Botschaft, das er für sie ein Vereinslokal ausfindig gemacht habe, nämlich „Schöffigs Gasthaus“ in der Rollgasse, welches aus einem Schankzimmer und einem kleinen Saale bestand, der sich zur Abhaltung von Vereinsversammlungen vorzüglich eignete. Das pahte natürlich den Arbeitern vorzüglich, sie zogen zu Schöffig, wo sie lange Jahre mit ihrem Ver-eine blieben, Unterhaltungen abhielten und eine Zeit lang sogar in einem Zimmer des ersten Stodes ihre Arbeiterschule abhielten.

Eine Demonstration mit blutigem Ausgang.

Die Reichenberger Arbeiterführer hatten es nicht veräumt, Verbindung nach auswärts zu suchen, insbesondere aber mit den Wiener Arbeitern, die das neue Vereinslokal ebenfalls machgerissen hatte. Und da man mit den heimischen Kräften zu einer großen Versammlung, die man einberufen wollte,

nicht auszulangen vermeinte, bestellte man den Genossen Andreas Scheu aus der Reichshauptstadt nach Reichenberg, wo die Versammlung am 17. Januar 1870 im „Gasthaus zum Feldschlösschen“ stattfand. Das Lokal war überfüllt, sodas eine große Masse von Besuchern keinen Platz finden und im freien Posto fassen mußte. Doch dürfte eine Nichteinhaltung der Vorschriften über das Versammlungsrecht bei der Anzeige vorgelegen haben, sodas Polizeibeamte erschienen, die aber wegen des Massenandranges in das Versammlungslokal nicht einzudringen vermochten; sonst verlief die Versammlung ohne Zwischenfall. Doch die Folge davon war, das noch mitten in der Nacht, wahrscheinlich auf höheren Befehl, Scheu in dem Gasthause, in dem er sich einlogiert hatte, von der Polizeibehörde abgeholt und in den städtischen Arrest gebracht wurde. Von wo aus er am anderen Tag, in der Mittagsstunde in das Bezirksgericht überführt wurde. Durch diese Ueberführung wurde die Verhaftung Scheus bekannt. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht in der ganzen Stadt und in deren Umgebung, sodas schon nach einigen Stunden sich die Menge vor dem Gerichtsgebäude anfang zu sammeln und die Freilassung des Verhafteten zu verlangen. Die von niemandem geplante Demonstration war da; die Arbeiter hatten nur ihrer Stimmung nachgegeben, ohne die Folgen ihres Auftretens zu ermessen. Der damalige Leiter des Bezirksgerichtes, Landesoberst-Cabell, erschien vor der verammelten Masse, um sie aufzufordern, auseinander zu gehen, da am nächsten Tage mit Scheu verhandelt werden und er gleich darauf werde freigelassen werden. Das hatte zur Folge, das die Arbeiter auseinander gingen, um tags darauf umso zahlreicher zu erscheinen. Man wartete vor dem Gerichtsgebäude auf die Freilassung Andreas Scheus. Die Menge füllte nicht nur die Gasse vor dem Gerichtsgebäude, sondern auch den alten Marktplatz. Da geschah es, das das dazumal in Reichenberg liegende 4. Jägerbataillon erschien, um Markt und Gassen abzusperren. Bald aber wurde der Befehl gegeben, den Marktplatz zu säubern. Mit gefälltem Bajonett gingen die Soldaten vor, wobei es hie und da zu Reibereien mit den Demonstrierenden kam. Da plötzlich fiel ein Schuß aus der Reihe der Soldaten, ohne das ein Kommando gegeben worden wäre. Die Kugel drang einem bei der Firma Dieblich arbeitenden Drucker, namens Fischer, der mit Medizin für seine kranke Frau aus der Apotheke kam, in den Kopf, sodas er zusammenbrach und augenblicklich tot war. Die Menge stob auseinander und nur verhältnismäßig Wenige blieben trotzig und herausfordernd auf dem Platze. Einige von ihnen nahmen die blutige Leiche auf ihre Schultern, um sie durch die Straßen zu tragen. Schließlich aber wurde der Erschossene in die Leichenkammer des Krankenhauses gebracht, um von dort aus beerdigt zu werden.

Wemert muß werden, das an diesem Tage, an dem einem Bürger, der die demonstrierenden Arbeiter verhöht hatte, der Fälnieder eingetrieben und ein Jägerleutnant, der sich von der Truppe entfernt hatte, tüchtig verprügelt wurde — auch das städtische Schützenkorps und die Feuerwehre ausgerückt waren, um Ruhe und Ordnung herzustellen. Während dieses Prozesses fand die Verhandlung gegen Scheu im Bezirksgerichte statt; sie dauerte bis nachmittags 2 Uhr. Das Urteil bestand in einer achtstägigen Arreststrafe. Seine Freilassung erfolgte gleich nach der Verhandlung, sodas er noch am selben Tage nach Wien fahren konnte. Bald darauf erschien Infanterie aus Leitmeritz, die zumeist in den industriereichen Orten der Reichenberger Umgegend einquartiert wurde.

Nach dieser Demonstration wurde viel über die Wirkung des Schusses gesprochen, der nicht nur das erste Blutopfer der Reichenberger Arbeiterbewegung gefordert, sondern auch eine ziemlich genaue Scheidung der Geister der auf dem Platze demonstrierenden Menge gezeigt hatte. Die Scheidung bestand darin, das die meisten, die dabei das größte Maul hatten, fortliefen, was sie konnten, als der verhängnisvolle Schuß fiel, während umseit die bis dahin Anhiäcker trotzig auf dem Platze blieben und den Soldaten ihre Brust boten. (Fortsetzung folgt.)

Tages-Neuigkeiten.

Wie mit Menschenleben umgesprungen wird.

Ein Warnsdorfer Arbeiter von einem sächsischen Grenzposten angeschossen und schwer verletzt.

Aus Warnsdorf wird uns berichtet: Der niedrige Stand der Mark läßt besonders auf unsere Textilarbeiter, denen die Unternehmer verlaunlich die Löhne abgebaut haben, einen besonderen Reiz aus. Die Arbeiter gehen über die Grenze, taufen ein, was sie für sich und ihre Familie nötig brauchen und versuchen, es herüberzubringen. — Am Freitag Abend war der bei der Firma Anton Otto als Weber beschäftigte 33-jährige Richard Ulrich aus Teichstadt nach dem benachbarten sächsischen Großschönau gegangen, hatte einiges eingekauft und wollte auf einem Nebenweg nach Warnsdorf zurückkehren. Beim Ueberschreiten der Grenze schoß jedoch die sächsische Grenzwehr nach ihm und er erlitt einen Durchschuß der linken Brustseite. Nach der ersten Hilfeleistung wurde der Unglückliche in das Warnsdorfer Krankenhaus überführt, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Dieser traurige Fall ist ein neuer Beweis dafür, wie tief im Werte das Leben der Mitmenschen in den Augen der Grenzorgane gesunken ist. Sie haben es ja in ihrer Militärtätigkeit während des Krieges gründlich gelernt, das schnelle rücksichtslose Niederfallen, und üben sich nun in ihrem Handwerk nach Herzenslust. Es ist ja nicht das erste Mal, das harmlose „Pächter“, Arbeiter, die ihren geringen Bedarf einmal auch für billigeres Geld im Grenzland decken wollten, kurzgerhand von Grenzposten niedergeschossen wurden. Von den Straßen, die sich überreiche Diener des Staates trafen, hat man bisher wenig gehört. Diese Taten zeigen aber auch unseren Arbeitern, die mit ihren sorglichen, gekürzten Lohnkronen das Auslangen niemals finden können, das sie trotzdem darauf verzichten sollen, wegen eines belligeren Einkaufs in Reichsmark ihre geraden Glieder und ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Was hilft es, wenn der eine oder andere hie und da einen Brocken ergattert? Wir müssen gemeinsam und mit ganz anderen Mitteln die Leuerung und die Not bekämpfen und unsere Kräfte dazu verwenden, dieses ganze System zu stürzen, von dem die Rot und das Baluta-Elend des reichsdeutschen Volkes doch eben auch nur eine Folgeerscheinung ist. Kampf aller gegen die Friedensverträge und Zollgrenzen — und nicht einzeln die Not lindern wollen, die doch auf solche Weise nicht weichen kann!

Ein „Gnadenakt.“ Präsident Masaryk hat in der blauen Grotte zu Capri sich der armen Grünen erinnert, die während des Krieges und in den ersten Jahren nach dem Umsturz verurteilt wurden, weil sie edle und weise „Zurückhaltung“ in der Ablieferung jener Bodenfrüchte übten, die das begehrtliche und gefräßige Volk der Arbeiter so gerne zu halbwegs erschwinglichen Preisen erstehen wollte. Nun haben wir ja längst alle vergessen, das diese Zurückhaltung der Großbauern eine „vorsätzliche Verletzung ihrer Verpflichtung“ war und wenn in dem Amnestieerlaß an diese Vorsätzlichkeit erinnert wird, so sicherlich nur deswegen, damit bei der leicht vergeßlichen Dessenlichkeit das Verständnis für die Bedeutung dieser Gnade gehoben wird. Wenn die Getreidehändler und -wucherer jetzt dem Staate für jeden feinerzeit nicht abgelieferten Zentner Getreide hundert Kronen zahlen, stehen sie vor dem Gesetze wieder rein da. Und das ist doch sehr notwendig, damit man es wieder mit Unbedachtungen zu tun hat, falls sich das Unwahrscheinlichste ereignen sollte, das die Agrarier wieder einmal Anlaß geben sollten, sich mit ihrem doch sonst vorbildlichen Verhalten etwas näher zu beschäftigen. Jetzt, da sie amnestiert sind, begaben wir selbstverständlich die Vergangenheit und aus der Geschichte ausgelöscht sind der Hunger und das Elend der Arbeitermassen, auf deren Kosten die Großbauern all die Jahre her in rührender Bescheidenheit ihre Schätze zurückhielten.

Eine künstliche Renaissance des Kunstwesens.

Ein Ueberbleibsel aus längst vergangenen Tagen, aus der Zeit des Handwerkskunstwesens, wird wohl noch in manchem Lande aus Pietät erhalten. Meist nur in Form äußerlicher Bekundungen, bei Trachtentagen, Stadtbildern und ähnlichen ebenso veralteten Gebräuchen, wie es das Kunstwesen selbst heute ist, kann man noch Anklänge an die Zeit finden, in der das Kunstwesen seine, damals gewiß berechtigte, Blanzzeit erlebte. Durch die Industrialisierung ist der längst veraltete Kunstplunder abgetan worden und niemand ist mehr imstande, ihn zu neuem Leben zu erwecken. Weder im heutigen großindustriellen Wirtschaftssystem noch in der zukünftigen sozialistischen Planwirtschaft kann das längst überlebte Kunstwesen zu neuer Blüte gelangen. In allen modernen Staaten ist man daran, die letzten Reste des Kunstwesens zu beseitigen und die verschiedenen Arten von Befähigungsnachweisen, die ja keine waren, abzuschaffen. Die Befähigungsnachweise waren bisher doch mehr oder weniger Nachweise über Erlernung der mit den verschiedenen Berufen verbundenen, hauptsächlich auf Handfertigkeit beruhenden Kenntnisse. Es wurde niemals die eigentliche Berufsbefähigung, die Eignung, oder wie man es vollständig bezeichnet: das „Talent“ zum Berufe in Frage gezogen. Gerade diese Art Berufseignungsnachweis wird wohl erst in späterer Zeit, nicht als künstlicher Ballast, sondern als wirtschaftliche Notwendigkeit zur Geltung kommen. Heute ist aber kein Platz mehr für den alten künstlerischen Geist, der alles verhandelt, und trotzdem will man in der demokratischen Tschechoslowakischen Republik, die schon dadurch, das sie an Deutschland angrenzt, wo die Rationalisierung und Freizewierung der großindustriellen Produktion im stürmenden Vordwärtsschreiten ist, geradezu gezwungen ist, alles daranzusetzen, um ihre Warenverzeugung auf eine möglichst moderne Stufe zu bringen, den Künstlergeist neu aufzuleben lassen. Das Handelsministerium versendet eben an die Handels- und Gewerbebeamten eine Gesetzentwurf, mit welcher die gesamte Photographie als handwerklich-mäßiges Gewerbe erklärt wird. Gerade die Photographie ist am wenigsten geeignet, handwerklich-mäßig betrieben zu werden, weil bei ihr künstlerisches Schauen, Geschmack, Schönheitsfönn — lauter Eigenschaften, die nicht erlernt werden können, sondern in der besondern Begabung der Menschen wurzeln — als hauptsächlichste Berufseignung Grundbedingung sind. Dieser Vorgang des Handelsministeriums findet sogar in der „Narodni Listy eine erste Verurteilung. Mit Recht schreibt dort Vlad. F. A. n d e r l i t, das einen derartigen Schritt nicht einmal das alte österreichische Handelsministerium im Jahre 1911 wagte. Dieses machte zwar aus der Porträtfotographie ein Handelsgewerbe — was ja auch ein dummer Künstlerstreich war — aber die übrige Photographie wurde damals freigegeben. Und jetzt, in einer „freien“ Republik, in der immer von Amerikanismus gesprochen wird, wagt es ein Ministerium, den alten überlebten Kunstgeist zu erneuern! So schafft man keine gesunde Wirtschaft — das sollte schließlich auch ein Handelsministerium wissen.

... damit seine Legionärbehr ohne Mafel bleibe.“ Bei der gebuten Flugabteilung des ersten Regiments versah im Jahre 1920 der Rechnungsunteroffizier Venes Dienst, der der Mannschaft die Löhne auszuzahlen hatte und gleichzeitig an die Kassa jenes Geld abführen mußte, das den Soldaten für die Tabakfassung abgezogen wurde. Im November 1920 ging Venes auf Urlaub. Gleich bei seiner Abfahrt konstatierte man einen Abgang in der Kassa von 6.419 K. Venes ersehnte die Summe und führte die Geldgebarung ruhig weiter. Im Feber 1921 fehlten bei einer Revision neuerdings 7.500 K. Venes bekannte sich zu dem Unterschleif, machte sich auch erdötig, die Summe zurückzuzahlen — und zahlte nichts. Als man nun gegen ihn die Strafanzeige erstattete, erklärte er sich für unschuldig, aber bereit, die Hälfte der Summe zu bezahlen, doch nur deshalb, „damit seine Legionärbehr ohne Mafel bleibe“. Venes hat noch eine ganze Reihe anderer Vergehen an Gewissen. Wegen all dieser Delikte wurde er dieser Tage vom Landesgericht in Prag zu acht Monaten schweren Kerkers und zum Verlust des Wahrechtes verurteilt.

Das Feigenblatt im Staatsmuseum.

Von Felix Stössinger (Berlin).

Vor einigen Jahren, als die Verfolgung unsittlicher Kunst von allen Staatsanwälten um die Wette um einen Orden betrieben wurde, fiel auch eine Ansichtskarte dem sittlichen Normalempfinden zum Opfer, das ein berühmtes Meisterwerk der italienischen Malerei darstellte, das herrliche Bild von Correggio, auf dem die Wolke, in der sich der Göttervater Zeus verbirgt, die schöne Jo umarmt.

Wahrhaftig, das geschah in Deutschland im zwanzigsten Jahrhundert. Die Karte, die damals noch zehn Pfennig kostete, wurde aus dem Handel zurückgezogen und wenige Zeit später war sie auch im Kaiser-Friedrich-Museum unten, wo die Kunstarten verkauft werden, nicht mehr zu haben.

Aber die verbotene Ansichtskarte genügte dem Racheburst des beleidigten deutschen Zensors nicht. Kurz darauf verschwand auch das herrliche Werk von Correggio aus dem Kaiser-Friedrich-Museum und ob es heute dort wieder hängt, kann ich im Augenblick nicht sagen.

Nun wünsche ich dem üppig-schönen italien-

ischen Meister nicht mehr, das er wieder an der Wand eines preussischen Staatsmuseums die Wüste und Herzen der vorübergehenden Menschen an sich zieht; denn was das Sittlichkeitsgefühl in einem deutschen Museum alles zustande bringt, davon weiß der alte und noch so junge Italiener nichts zu träumen.

Unlängst führte mich ein freier Sonntagsvormittag in unser Museum für Völkertunde. Wenn ich hier unvermittelt betenne, das mich die Plastiken, Götzenbilder, Schilder, Amuletts und Hausgeräte der exotischen Völker stärker paden als ein halbes Museum klassischer Kunst, so würde mir der Beser sicher nicht glauben. So will ich lieber erzählen, das vor kurzem eine Reihe der fughenden französischen Kunstgelehrten und Kunstschriststeller gemeinsam mit den jungen Dichtern Frankreichs die Forderung erhoben haben, das die besten Werke der afrikanischen und ozeanischen Kunst in den Louvre, in das französische Schatzhaus der Raffael, Lionardo, Michelangelo, Velasquez, Rembrandt und der Venus von Milo überführt werden, um so zum Ausdruck zu bringen, das diese Werke der sogenannten Wilden den großen klassischen Meisterwerken gleichwertig zu halten sind.

Gestützt auf diese französische Kundgebung will ich bekennen, das auch auf mich diese afrikanischen und asiatischen Werke einen ganz gewaltigen Eindruck machen und das ich unter Umständen

lieber die innere Mut und wilde und doch gebändigte Kunst eines Insulaners genieße als manches mir schon fabe gewordene, tausendmal abgebildete klassische „Meisterwerk.“

Besonders der Kameruner, der innerafrikanische und der benachbarte ozeanische Saal des Völkertundemuseums ist für mich voll der gewaltigsten Kunstwerke und ich bin überzeugt, die Zeit ist nicht mehr fern, in der auch in den Arbeitermassen das Verständnis dafür vorhanden sein wird.

Bei der Betrachtung dieser sonderbaren Meisterwerke machte ich neulich im staatlichen Museum für Völkertunde eine amüsante Entdeckung. Eine der großen kauernden, aus einem einzigen Baumstamm geschnittenen Frauenfiguren war an einer bestimmten Stelle sorglich mit einem Feigenblatt bedekt. Als Feigenblatt hatte der königlich-republikanische Museumsbeamte einen kleinen, einst weißen, sagen wir ruhig einen kleinen dreieckigen Leinwandsephen benutzt, der der dargestellten Regierung auf dem Bauch genagelt war. Ganz wohl einfach zwei Nägel in den Bauch geschlagen und daran den Leinwandsephen über jene Stelle gehängt, die jeder, der das Licht der Welt erblickt, einmal passiert hat.

Zuerst dachte ich, das hier eine Regearbeit vorliege, denn viele dieser Figuren haben Strohwische, echte Haare, Federn, Perlen oder ähnliche Behänge an. Aber als ich so kühn war, den kleinen

Feigen vorsichtig zu heben, da zeigte es sich, das der Regearbeiter hier eine sehr sorgfältige und schöne Darstellung dieser Körpergegend gewidmet hatte; das er sie nicht verbergen, sondern deutlich zeigen wollte.

Einen Augenblick schwankte ich, ob ich nicht den Feigen einfach abreißen sollte. Aber das tat ich nicht. Sollen die preussischen Museen noch eine Zeilang den Ruhm haben, das sie Bilder italienischer Meister vom Welttruf raushängen und originelle Meisterwerke exotischer Völker verhüllen. Jedes Volk hat den Brunner, den es verdient.

Das alle, wirklich alle deutschen Goetheausgaben mit Ausnahme der nicht käuflichen großen Weimarer Ausgabe an Goethe brunnerische Auslassungen vorgenommen haben, ist eine Tatsache. Das man unserem Volke vorredet, die großen Künstler aller Zeiten hätten ein Verhältnis zur Sinnlichkeit gehabt, wie es deutsche Oberlehrer, Agenten und Staatsanwälte haben, ist ein Dokument der Verlogenheit der bürgerlichen Erziehung. Aber das hat auch Brunner sich noch nicht träumen lassen: das in deutschen Museen, noch dazu ohne sein Zutun, die Welt gerade dort vernagelt und verhüllt wird, von der alles Leben seinen Ursprung nimmt!

Vom Kommunismus zum Streitbruch! Die Tragödie der Hausgehilfin.

Nach dem Textilarbeiterstreik in Rumburg.

Die Fürstenberg. Auf den Besitzungen der Familie Fürstenberg in Bürglich wurde das Betreten der Wälder für jeden Nichtangehörigen der Forstverwaltung auf das Strengste verboten. Es wurde gleichzeitig eine Verfügung erlassen, daß sämtliche Wege in den Wäldern Privatwege sind, und daß es daher der Gutsverwaltung freisteht, daß Betreten dieser Wege zu verbieten oder zu gestatten. Wenn auch, wie der „Benkov“ meldet, die Bevölkerung des Bürglicher Gebietes sich an das selbstherrliche Verbot der Gutsverwaltung kaum halten wird, so bedeutet es dennoch eine unerhörte Provokation, wenn die Fürstenbergische Gutsverwaltung die Bevölkerung der Möglichkeit berauben will, in den ausgedehnten Waldungen des Bürglicher Gebietes die einzigen gangbaren Wege zu benutzen. Die Gutsverwaltung glaubt jedenfalls, sich noch im alter Oesterreich zu befinden, wo es den „Herrschaften“ gestattet war, ungeheuerer Gebiete abzupferren, damit in diesen der „gnädige Herr“ und seine „Freunde“ sich dem „alten Weidwerk“ widmen und ungestört sich erholen können. Die Bevölkerung des Bürglicher Gebietes wird jedenfalls dafür Sorge tragen, daß Herr Fürstenberg und seine Verwaltung nicht in den Wahn verfallen, sie befänden sich noch im kaiserlichen Oesterreich, wo sie nichtahnende Personen, die herrschaftlichen Wald betreten hatten, wegen „Waldfrevel“ bestrafen lassen konnten.

Eine biblische Beleidigung der Arbeiter-Konsumvereine leistet sich das Abendblatt der „Lib. Roviny“ vom vierten August. Es berichtet über eine Unterschlagung im Konsumverein Doubravice und schließt: „Aehnliche Vorfälle ergeben sich recht oft und werden vielleicht endlich das laufende Publikum bewegen, zu den ehrlichen Kaufleuten zurückzukehren und sich nicht von den Agitatoren, die in den Arbeiterkonsumvereinen sitzen bestreben, zu lassen.“ Gewiß mag es vielleicht einmal vorkommen, daß ein Konsumangestellter, etwas defraudiert, wie es auch vorkommt, daß ein Kaufmann seine Kunden betrügt. Im allgemeinen erfreuen sich die Angestellten der Konsumvereine des besten Rufes und ein Kapitalistenblatt, wie die „Libove Roviny“, kann diese Arbeitsmensch durch seine biblische Pauschalverdächtigung nicht beleidigen.

Die Wohnungsnot in Prag. In den Weinbergen werden derzeit vier Rohbauten aufgeführt, in denen 42 Parteien unterkommen können. Für diese Wohnungen haben sich bis jetzt 5000 Bewerber gemeldet. Die Regierung scheint von der Wohnungsnot, für die die Massenbewegung um die Wohnungen in den vier Rohbauten in den Weinbergen ein charakteristisches Beispiel ist, keine Notiz zu nehmen. Denn von größerer Wohnbauten, die die Regierung zur Linderung der Wohnungsnot in Prag ausführt oder ausführen lassen wird, ist bisher nichts bekannt.

Das Wohnungselend in der Slowakei. Der Raskauer Arzt Dr. Poppišil schildert die Wohnungsnot der Staatsangestellten in Raskau. In dem städtischen Gebäude „zur Ludwigsquelle“, wo eine größere Anzahl Staatsangestellter wohnt, sind die Mauern durchdringt von dem Inhalt der Abortgruben, das Dach ist undicht und es regnet an allen Enden hinein. Die Kinder der dort Wohnenden haben im zweiten Lebensjahre noch keine Zähne und noch nicht geschlossene Schädelknochen, so daß sie alle — falls sie am Leben bleiben — dauernd invalid sein werden. Die Bauarbeiter aber laufen zu vielen Tausenden arbeitslos herum und hungern.

Der „Lokalanzeiger“ erscheint wieder. Der „Berliner Lokalanzeiger“ ist — wie wir melden — am Dienstag auf die Dauer von drei Wochen eingestellt worden und zwar weil er einen von Beschimpfungen und Verdächtigungen strotzenden Artikel gegen die Reichsregierung veröffentlicht hatte. Nun hat der preussische Innenminister, der Sozialdemokrat Severing, dem Blatte schon am heutigen Sonntag das Erscheinen wieder gestattet, weil bei dem Abdruck mildernde Umstände vorgelegen haben. Die Redaktion erklärte nämlich, daß sie das Opfer einer leichtfertigen Berichterstattung geworden sei und die „Konsequenz zu ziehen“ gedenkt. Offensichtlich zieht die reichsdeutsche Presse nicht die Konsequenz, daß sie auf diese Weise hin vom neuen sündigt.

Austritt von 650 Offizieren aus der rumänischen Armee. Dieser Tage traten 650 Offiziere aus der rumänischen Armee aus und begründeten ihren Schritt damit, daß sie mit den geringen Gehältern nicht einmal das einfachste Leben bestreiten können und sich eine andere Beschäftigung suchen müssen.

Eine Wunderquelle. Aus Saaz wird uns geschrieben: Donnerstag vormittags stieg, von unsichtbaren Kräften gehoben, abends eine alte Bank, die einen Meter tief im Erdreich nächst der alten Stadtmauer in den Schönauschen Anlagen steht, langsam aus der Erde, unheimlich, gespenstisch. Plötzlich ein dumpfer Knall, die Bank fliegt rasch auf. Im gleichen Augenblick springt ein armstarker Wasserstrahl aus der Erde hoch in die Luft und plätscherte lustig die Vorstadt hinunter. Ganz Saaz war auf. Man sprach von wogabun-dierenden unterirdischen Strömen im Saazer Sandrücken, von verborgenen Quellen, die von den Höhen des Erzgebirges gespeist werden und anderen. Viele sahen Saaz bereits als Bades-tadt, da das Wasser gegen 30 Grad Celsius zeigte. Doch das Wunder zerfiel bald die eifrig arbeitende, lokalpatriotische Phantasie. Wie festgestellt wurde, hatten die städtischen Arbeiter beim Aufstellen der Wänke im Frühjahr einen 30 f o ß e n so tief in die Erde getrieben, daß er von darunter liegenden Abwasserkanal durchschlug, der nach und nach verschüttet wurde. Das Wasser sammelte sich nun in dem starken Gefälle so lange an, bis heute durch den Druck des Wassers die Bank aus dem Erdreich geworfen wurde und so dem Wasser freien Abfluß verschaffte.

Der Streik in Rumburg müßte am 31. Juli l. J. ohne den gewünschten Erfolg beendet werden. In einer Versammlung, am 29. Juli in Rumburg, als der Arbeiterschaft über den Abschluß der Prager Verhandlungen und über die Konferenz in Rumburg am 28. Juli Bericht erstattet wurde, hielt es der Kommunist Mai für angezeigt, die Streikleiter zu beschimpfen und die Unionsleitung für das Mißlingen des Kampfes verantwortlich zu machen. Nachdem die Arbeiterinnen des Rumburger Gebietes das Doppelspiel der Kommunisten durchschaut hatten und in der Versammlung Herrn Mai zurückschrien, findet es der Berichterstatter des „Vorwärts“ vom 30. Juli für gut, abfällig über den Verlauf der Versammlung zu schreiben und beschimpft die streikenden Frauen in der ordinärsten Weise. Wenn kommunistische Frauen oder Männer früher in einer Versammlung die Angestellten der Union beschimpften und zu toben anfangen, so lobten die Kommunisten diese als revolutionäre Klassenkämpfer oder als den aktivsten Teil des Proletariates. Diejenigen, die diesen Lärm nicht mitmachen, wurden als bürgerliche Verräter hingestellt. Die Kommunisten bemühen sich in Rumburg krampfhaft, die ganze Ortsgruppe in ihre Hände zu bekommen, und diejenigen Frauen, die Widerstand leisten, werden nicht als revolutionärer Teil der Arbeiterschaft gelobt, sondern als hysterische Weiber von kommunistischen Führern beschimpft. Noch kein Arbeitervertreter hat Arbeiterinnen mit derartigen Namen belegt. Die Kommunisten versuchen unter allen Umständen aus dem erfolglosen Kampfe Kapital zu schlagen.

Heute wollen wir untersuchen, wer eigentlich die Einheitsfront sabotiert hat. Als die Unternehmer die zweite Lohnabbauetappe mit 1. Juli festsetzten, erklärte Herr Mai, daß der Lohnabbau nicht zugelassen werden dürfte, und daß es für die Kommunisten nur Kampf bedeute. Auch die Christlichsozialen erklärten, sie seien zum Kampfe bereit. Herr Mai erklärte ferner, er stehe hinter seinen Mitgliedern, was als Kampfbereitschaft ausgefaßt wurde. Jedenfalls wurde dieser Ausdruck gewählt, um auch dann hinter den Mitgliedern zu stehen, wenn sie sich dem Streik nicht anschließen. Nachdem die Kommunisten durch diese Haltung den Schein der Kampfbereitschaft erweckten, gab Gen. Dorsch am 1. Juli die bekannte Streikparole aus, nach welcher in allen Orten, wo die Union die Mehrheit hat, der Kampf zu beginnen habe und verständigte gleichzeitig die Kommunisten von Jwidau und die Christlichsozialen in Schluckenau, daß die Kampsparole ausgegeben wurde, damit sie die Führung in allen jenen Gebieten übernehmen, in welchen sie die Mehrheit haben. Aus diesem Grunde erhielten die Mitglieder der Union die Weisung, daß sie sich überall dort, wo sie in der Minorität sind, den Beschläffen der Mehrheit zu fügen haben. Nachdem die Kommunisten jedenfalls über die nötigen finanziellen Mittel nicht verfügten, versuchten sie unter allen Umständen einem gemeinsamen Kampfe auszuweichen. Es wurde zwar nach einer gemeinsamen Kampffront geschrien. Als jedoch Gen. Zimmer in Rumburg erklärte, die gemeinsame Kampffront könne durch eine gemeinsame Konferenz hergestellt werden, trat sofort Herr Mai mit unannehmbaren Bedingungen auf den Plan, um die gemeinsame Kampffront zu verhindern. Wie bereits festgestellt, wurden nachher die gestellten Bedingungen vom 6. Juli im „Roten Gewerkschafter“ gefälscht. Die Union der Textilarbeiter verlangte die Festsetzung eines Tages, an welchem im ganzen Kreisgebiete der Streik zu beginnen habe. Der Kommunist Mai lehnte jedoch die Festsetzung eines Tages ab, wenn die Bedingungen, die unannehmbare waren, nicht erfüllt werden. Herr Mai verlangte nicht weniger als daß die Unionsbeamten von der Streikführung zurücktreten. Am 10. Juli tagte in Warnsdorf, eine Konferenz aller Vertrauenspersonen der Union, in welcher beschlossen wurde, sobald Jwidau und Schluckenau in den Streik tritt, eine Konferenz einzuberufen, in welcher der Streik für Warnsdorf ebenfalls beschlossen werden sollte. Anstatt in den Kampf zu treten, oder gemeinsam einen Tag für den Beginn des gemeinsamen Kampfes festzusetzen, beschloßen die Kommunisten am 13. Juli in Jwidau, bei den Arbeitgebern vorzusprechen, um durch dieses Vorgehen dem Streike ausweichen zu können. Rein erster Gewerkschafter glaubt ernstlich, daß durch eine Vorprache der Lohnabbau verhindert werden kann, wenn schon 5200 Arbeiter wegen diesem Lohnkampfe im Streike stehen. Mit dieser Vorprache sollten jedenfalls die unzufriedenen Elemente der Kommunisten in Jwidau gefördert werden. Diese Vorprache war sonst nichts als eine plumpe Augenauswischerei.

Am 15. Juli tagte in Jwidau eine kommunistische Versammlung, in welcher eine papierene Sympathieumgebung für die streikenden Arbeiter in Rumburg beschlossen wurde, an welcher Kommunist Berndt teilnahm und dort über den Unionsvorstand Unwahrheiten verbreitete. Vom ersten Streiktage an erklärten die Kommunisten,

der Streik könne nur siegreich sein, wenn er im ganzen Kreisgebiete geführt würde, bemühten sich aber krampfhaft, dem Kampfe auszuweichen, um ihre finanziellen Nöte nicht offenbaren zu müssen. Am 17. Juli tagte in Schönlinde eine Konferenz, in welcher über die Vorschläge der Arbeitgeber beraten wurde. Die Vertrauensleute der Union erklärten sich entschieden gegen die Aufnahme der Arbeit aufgrund der vorgelegten Bedingungen der Arbeitgeber, nur der Kommunist Berndt wollte in Schönlinde den Streik ohne jeden Erfolg beendigen. 14 Tage später tagte nach einem vierwöchentlichen Streike, als keine Aussicht mehr vorhanden war, eine gemeinsame Kampffront herzustellen, in Rumburg die Abschlussskonferenz, in welcher das Ergebnis der Prager Verhandlungen mitgeteilt wurde. Es muß festgestellt werden, daß Herr Berndt in Prag bei einer Beratung der Unionsmitglieder ebenfalls für den Abbruch des Streikes eingetreten ist. Als jedoch in Prag die Vorschläge über die Bedingungen der Wiederaufnahme der Arbeit erstattet werden sollten, erklärte sich Herr Berndt gegen den Abschluß des Streikes und gegen die Vorschläge. In der Abschlussskonferenz in Rumburg am 28. Juli, als der Bericht der Prager Verhandlungen erstattet wurde, erklärte sich Herr Berndt bei Beginn der Konferenz für den Abbruch des Streikes, in der Meinung, daß die Unionsleitung den Abbruch nicht befehligen werde. Als von der Unionsleitung für den Abbruch des Kampfes eingetreten wurde, stellte plötzlich Herr Berndt im Auftrage des Kommunisten Mai in derselben Konferenz den Antrag, den Streik weiterzuführen, obzwar er überzeugt war, daß keine Aussicht auf Erfolg bestand und daß ein Teil der Streikenden durch die widersprechenden „Vorwärts“-Berichte die Komödie der Kommunisten gründlich satt hatte. Bei jeder Sitzung und Konferenz wurden von den Kommunisten ganz gegenteilige sich widersprechende Anträge gestellt, um bei jedem Ausgange des Kampfes, gleichviel ob Erfolg oder Niederlage — sagen zu können, die Kommunisten haben das Richtige getroffen und rechtzeitig gewarnt. Vor dem Kampfe haben sie die Mitglieder der Union radikalisiert und als der Kampf ausbrach, haben sie im „Vorwärts“ und durch persönliche Agitation versucht, den Arbeitern die Siegeshoffnung zu nehmen, und als die Arbeiter abgelämpft und müde waren, und die nötige Pervertierung vorhanden war, stellten sie den Antrag, den Kampf bis zum Weißbluten weiterzuführen und auch noch Warnsdorf-Schluckenau und Jwidau in den Kampf einzubeziehen. Diese Komödie, die von den Kommunisten aufgeführt wurde, war ausschließlich dazu berechnet, den Streikenden die Kampflust zu nehmen, eine ungeheure Pervertierung zu schaffen und dann Unionsmitglieder losreißen und in das kommunistische Lager überführen zu können. Sie reden ununterbrochen von der Einheitsfront, wenn ein Kampf siegreich beendet werden soll. Wo bleibt aber die Einheitsfront in den Klüngerbetrieben in Krahau und Neustadt? Wir stellen fest, daß die 600 streikenden Arbeiter bei der Ja. Klünger in Krahau die 20. Woche im Kampfe stehen und daß die Ja. Klünger in ihren Betrieben in Neustadt mit 1400 Arbeitern bei Ausbruch des Krahauer Kampfes verkürzt arbeitete und gegenwärtig noch arbeiten läßt, daß selbst in Neustadt bei der Ja. Klünger heute Ueberstunden geleistet werden. In Krahau wie in Neustadt sind die Klünger-Arbeiter kommunistisch organisiert, hier kann die Schuld nicht auf die Unionsbürokraten geschoben werden. Aus finanziellen Gründen wird nicht einmal die gemeinsame Kampffront in zwei Klüngerbetrieben hergestellt, sobald die Möglichkeit besteht, daß kommunistische Arbeiter die Streikarbeit ihrer Brüder in Krahau verrichten. Die Textilarbeiter in Rumburg werden jedenfalls aus dieser Komödie lernen und erkennen, daß die kommunistische Organisation aus finanziellen Gründen die gemeinsame Kampffront sabotieren mußte und daß zum Schluß die Frauen, welche das demagogische Spiel erkannten, als hysterische Weiber beschimpft wurden. Alle Frauen der Textilbetriebe werden aus diesem Vorgange die entsprechende Lehre ziehen und auch darnach handeln. Wie oft haben wir vor der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung gewarnt! Wie oft haben wir der Arbeiterschaft die kommenden Niederlagen vor Augen gehalten, welche ihnen leider durch die Pervertierungsarbeit nicht erspart geblieben sind. Selbst die Arbeitgeber machen sich über die Kommunisten lustig, ein Unternehmervertreter aus Jwidau erklärte ironisch auf die Frage, ob sein Betrieb auch befreit sei: Nein ich bin aus Jwidau, nicht wahr Herr Mai?, wir in Jwidau sind revolutionäre stramme Kommunisten, wir streiken nicht und lassen nur die anderen streiken.“ Solange nicht die eigene Organisation des Streiks finanziert wurde, waren die Kommunisten radikal. Es konnte nicht genug gestreikt werden. Heute ist es allerdings anders geworden, man streikt selbst dann nicht, wenn es notwendig wäre und hilft sich mit Lügen und unannehmbaren Bedingungen zum Vorteil der Unternehmer über Lohnkämpfe hinweg.

Der Teplitz-Schönauer Anzeiger im Wippl. Der „W.“ zitiert in seiner letzten Nummer den „Teplitz-Schönauer Anzeiger“, der kürzlich behauptete, daß Frankreich eine kräftige Durchführung der „Schachbrettsverträge“ fordere. Also ist es wirklich Tatsache, daß auch alle deutschen Schachbretter abgeliefert werden müssen, damit es Deutschland nicht etwa einfällt, die Franzosen schachmatt zu setzen.

Bau von Eisenbahnerwohnhäusern in Saaz. Die Staatsbahndirektion Pilsen schreibt im Offertwege den Bau von zwei dreistöckigen Wohnhäusern in Saaz aus. Mit dem Bau dieser Häuser soll sofort nach dem Offerttermin, das ist der 18. August, begonnen werden. Die zwei Häuser sind für Eisenbahngestellte bestimmt. Sie werden auf Eisenbahngrundstücken nächst dem Staatsbahnhof in Saaz erbaut.

Hört man die Frauen der bürgerlichen Kreise, so gibt es überhaupt kein schöneres, stilleres, behaglicheres Dasein als das Leben einer Hausgehilfin. Keine schwere Arbeit, keine Sorgen, gute Kost, liebevolle Behandlung — kurz, es ist reiner Uebermut, wenn die jungen Mädchen der Arbeiterklasse sich von diesem Beruf abwenden. Uebermut und Faulheit. Sie wollen nämlich ganz einfach nichts arbeiten, diese „Dinger“, oder sie ziehen in ihrer abgrundtiefen Verworfenheit sogar die harte, schwere Fabrikarbeit der Mlaverei vor, die wir hauswirtschaftliche Arbeit nennen. Das finden nicht nur die Damen der „höheren“ Stände, sondern gar nicht so selten auch die Frauen der gestrigen Arbeiterschaft, wohlwollende, rechtlich denkende Frauen. Und für diese, die „nicht begreifen können“, warum die Mädchen den Beruf der Hausgehilfin fliehen, will ich die Tragödie der Hausgehilfin erzählen, die sich im Verlauf von wenigen Jahren in einem einzigen Wiener Haus abgerollt hat.

Es ist eine Tragödie in vier Akten. Der erste spielt bei einem älteren, kinderlosen Ehepaar, der Mann höherer Beamter, die Frau gute Hausfrau, beides sehr fromme Christen. Die Frau holte sich ein blutjunges Mädchen aus dem Waisenhaus, um sie zur Hausarbeit zu erziehen, oder wie man in Wien so schön sagt „abzurichten“. Der Vorgang erinnerte auch wirklich eher an Dressur als an Unterricht. Von früh bis spät hörte man die Frau kommandieren, sie war unaussprechlich hinter dem Mädchen her, ließ sie keinen Handgriff unkontrolliert tun, stand mit dem Lorquon vor den kurzfristigen Augen daneben, wenn Fini Wäsche wusch und überwaachte das Kneten eines Rudeleiges, damit nur ja kein Stäubchen Mehl verloren gehe oder gar — beiseite geschafft würde. Im Anfang ging alles ganz gut. Das junge Mädchen, an strenge Zucht gewöhnt, ordnete sich willig der neuen „Oberin“ unter, lochte, räumte, scheuerte, wusch, plättete, nähte und sagte demütig am Monats-Ersten ihr „i küß die Hand, gna Frau“, wenn ihr Lohn in die Sparkasse gelegt wurde, weil sie ja doch nichts brauche und durch den Besitz von Geld nur auf „schlechte Gedanken“ kommen könne. Auf die kam sie vorläufig nicht, weil auch ihr Sonntagsergnügen nur darin bestand, daß sie die Kirche besuchte und nachher zwei Stunden am Küchenfenster saßen und ihre Strümpfe stopfen durfte. So ging das längere Zeit fort und die Frau Regierungsrat lächelte stolz, wenn sie erzählte, wie trefflich sie Fini „abgerichtet“ hatte.

Aber eines Tages geschah doch das Unvermeidliche, daß Fini eine Bekanntschaft machte. Zunächst die Bekanntschaft einer Mittergastin, die im Nachbarhaus „diente“. Die Frau Regierungsrat sah ja die Sache nicht gerne, aber sie konnte füglich doch nicht viel dagegen einwenden, wenn die Mädchen miteinander in die Kirche gingen und nachher gemeinsam am Küchenfenster nähten und zweistimmig Marienlieder sangen. Dabei bliebs aber nicht. Die Freundin nahm Fini einmal zu ihren Eltern mit. Und da, im Kreise einer Familie, begriff das Mädchen zum erstenmal, was es bedeute, allein zu sein in der Welt. Freilich hieß es ja, daß sie „in der Familie“ ihrer Protzgeber lebe. Aber die wußten doch, das junge Geschöpf in gehörigem Abstand zu halten. Die Bildungs- und sozialen Unterschiede durften keinen Augenblick vergessen werden. Denn — nur keine Vertraulichkeit war der vortrefflichen Hausfrau vortreffliche Devise. Im Heim des alten Arbeiters, des Vaters ihrer Freundin, lernte Fini zum erstenmal die Freude kennen, sich unter ihresgleichen zu bewegen, zu reden, lachen, essen zu dürfen wie es einem natürlich war, ohne Anstoß zu erregen. Wie im Rausch kam das Mädchen nach Hause — es war der Anfang vom Ende.

Die weitere Entwicklung ergab sich ganz von selbst. Der junge Mensch, der sich um das hübsche Kind bemühte, hatte wahrhaftig leichtes Spiel. Nicht weil sie besonders sittenlos war, sondern weil sie noch ein wenig Liebe, Wärme, Zügellosigkeit hungerte und dürstete. Dann kam das Unvermeidliche, die wütende Entrüstung der in ihren tugendhaften, heiligsten Gefühlen gekränkten Hausfrau, der Hinauswurf, die Verzweiflung, die Jagd nach Arbeit und Unterschlupf, schließlich die Gedärtnis, verdeckte Geringschätzung, leises Nasenrumpfen. Und gar nicht lange Zeit darauf, hörte man, die Fini sei „zum Leben“ d. h. auf die Straße gegangen, an welche Tatsachen die Frau Regierungsrat und ihresgleichen gar erbärmliche Bemerkungen knüpften.

Die braven Frommen, die ihr Leben lang nicht aus dem Schutz und Bann ihrer Familie getreten waren, verstanden ganz einfach nicht, was vorgegangen war. Aber für die Verurteilung der blonden Anna fehlte ihnen erst recht der Schlüssel. Sie hatte doch wirklich das beste Leben gehabt, war geschützt und anerkannt worden und als sich die älteste Hausdame verlobt hatte, da hatte man seine Vertrauensbeweise verdoppelt, um das Mädchen zu bestimmen, der jungen Frau in das neue Heim zu folgen. Sie schien auch einverstanden. Aber je näher der Hochzeitstag kam, um so stiller wurde sie und eine Woche vorher — sie hatte gerade für den eben angekommenen Bräutigam die vorzüglichsten Blätterteigkneten gebacken, die ihre Spezialität waren — ging sie hin und trank eine halbe Flasche Raigeneffenz aus, mit der sie die Küche zu reiben gedachte. Die Familie war empört über den Unbestand. Diese Verzweiflungstat in eine Zeit frühlicher Geschäftigkeit zu verlegen. Diese Rücksichtslosigkeit. Und warum, ich frage Sie warum? Gerade nur aus Bosheit! Darüber, was in der

Seele dieses Menschen vorgegangen war, machte man sich wenig Gedanken, man sah nur die Speere...

Die Minna im dritten Stock hat diese Laufbahn hinter sich. Sie ist 52, knochig, säuerlich...

Die Rabler ist nämlich der vierte Akt der Hausgehilfen-Tragödie. Sie wohnt bei der Hausbesorgerin...

M. A. Mautner.

Lloyd George über den griechisch-türkischen Konflikt.

England wäscht seine Hände in Unschuld: König Konstantin trägt die Verantwortung! - Angora sei von einer europäischen Macht mit neuen Waffen versehen worden.

London, 4. August. Bezüglich des Friedens im nahen Osten sei, wie Lloyd George im Unterhaus erklärte...

Er erklärte, die Griechen hätten ein Recht, sich dagegen zu wehren, daß sie ihre Truppen zurückziehen und eine halbe Million Landsleute rechtlos zurücklassen sollten.

Baltwirtschaft und Sozialpolitik.

Der Eisenvucher.

Die vor kurzer Zeit ins Leben gerufene Verkaufsstelle der kartellierten tschechoslowakischen Eisenerze...

Regierung und Fachausfuhr. Die uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, trägt sich

die Regierung mit dem Gedanken, den Flachshändlern und Flachsbauern nachzugeben und die Flachsausfuhr zu bewilligen.

ber aus, jene mit der minderen und auch jene mit der Edelwolle. Entweder lassen es die un-geregelten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu...

Die Spiritusbewirtschaftung. Nirgends gibt es so hohe Spirituspreise wie in der Tschechoslowakei. Nach einer Aufstellung in der Zeitschrift...

Unterverband Ostböhmens des Reichsverbandes der deutschen Krankenkassen. Am 9. Juli 1922 fand im Sitzungszimmer der Bezirkskrankenkasse...

Gesellen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Erweckung.

(14)

Ein Roman von Oskar Maurus Fontana.

In Schmerz darüber hob sie die Stimme. „Müht mich verfrühen. Ich kann nicht mehr. Die Städte, die Menschen dort - Vater - hier -“ Und die Stimme brach.

am Ramon seltsame Sagen erzählt hatten. Sie rüttelte den Beg: „Vater, hörst du mich nicht?“ Sie ließ von ihm, sie ergriff das Seil, und eine kleine, eine einzige Träne strahlte bangend im Augenwinkel.

war Erschaffung der Welt, Geburt schwingender Welle aus nächster Sinnlosigkeit, Schöpfung und Halleluja über die Schöpfung.

hier geangen war. Die Wolken schienen ihr mit dem Schnee zusammenzustößen, sie verlor den Halt, sank auf die Brunnenstufen nieder. Stoischa setzte sich neben sie, streichelte unablässig dieses weiche Gesicht.

(Fortsetzung folgt.)

Grulich, Georg Kettel der B.-R.-A. Arnau, Wenzel Fider B.-R.-A. Marschendorf, Ing. Heinrich Schöbola der Bruderlade Schöklar, Karl Schrey der Bruderlade Radowenz. In den Ueberwachungsanstalten wurden gewählt: Emil Haase, Julius Seeliger, Agnes Schiller, Heinrich Steiner der B.-R.-A. Trautmann, August Lorenz, Josef Ringel der B.-R.-A. Arnau, Gustav Klein-ander der B.-R.-A. Grulich, Johann Dix der B.-R.-A. Marschendorf, Robert Ringel der Bruderlade Radowenz, Eduard Ruff der Bruderlade Schöklar. Als Sitz des Unterverbandes wurde Trautmann bestimmt, die Geschäftsführung der Bezirkskrankenkasse Trautmann übertragen. Als Beitrag an den Unterverband wurden zwei Kronen pro Mitglied und Jahr festgesetzt. Hierauf berichtete noch der Delegierte Steiner über die Verhandlungen des Unterverbandes mit den Metzgerorganisationen, damit einheitliche Verträge erzielt werden können. Dieser Punkt wurde der nächsten Vorstandssitzung überwiesen. Ferner lagen ein Antrag der Bruderlade Schöklar auf Erhöhung der Beerdigungskosten für die Familienmitglieder sowie ein Antrag der Bezirkskrankenkassen Marschendorf und Arnau wegen Vereinbarungen mit einem Ueberprüfungsarzte. Auch diese Anträge wurden der nächsten Vorstandssitzung zugewiesen. Zum Schluss erfolgte dann die Konstituierung des neugewählten Vorstandes und wird Emil Haase als Obmann, Heinrich Steiner als erster Stellvertreter und Josef Ringel als zweiter Stellvertreter einstimmig gewählt.

Das „Wochenende“ in Deutschland. Das „Wochenende“, die verkürzte Arbeitszeit am Samstag, wird durch das kommende neue Arbeitszeitgesetz, das bereits im Entwurf vorliegt, in die deutsche Gesetzgebung eingeführt. Umfragen bei Abteilungsleitern und Leitern solcher Betriebe, die den frühen Samstagabschluss bereits kennen, ergaben ausnahmslos günstige Urteile hinsichtlich der Arbeitsleistung.

Urteile über den Achtstundentag. In dem Streite über den Wert des Achtstundentages ist eine Feststellung über die Produktion im deutschen Braunkohlenbergbau, die in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ erschienen ist, sehr wichtig: Trotz beträchtlicher Verringerung der im Braunkohlenbergbau beschäftigten Arbeitskräfte von 168.168 Mann im Dezember 1920 auf 128.168 im Dezember 1921 wurden in diesem Jahre etwa 11,4 Millionen Tonnen oder 10,2 Prozent mehr erzeugt, als im Vorjahre; gegenüber 1918 betrug die Mehrförderung sogar 35,3 Millionen Tonnen oder 41 Prozent. Der Verfasser weist nach, daß die Leistung des einzelnen Arbeiters vom Dezember 1920 bis Dezember 1921 unter der Wirkung hinreichender Ernährung und der verkürzten Arbeitszeit, wahrscheinlich auch nach Einführung rationeller Arbeitsmethoden, von 59,6 Tonnen auf 67,7 Tonnen, also um 16,9 Prozent gestiegen ist. Wurden mit rund 170.000 Mann Belegschaft im Dezember 1920 10.110.000 Tonnen gefördert, so betrug die Förderung ein Jahr später mit rund 168.000 Mann 11.029.000 Tonnen. Vom deutschen Reichsbergbauministerium kann man nicht gerade sagen, daß es eine große Vorliebe für kurze Arbeitszeit hätte. Trotzdem muß auch diese Ansicht in ihrer Schärfe „zur Lage der Reichseisenbahn“ über die Leistungen der Werkstättenarbeiter auf Seite 22 folgendes sagen: Die Angaben der einzelnen Werkstätten für diese Mehrleistungen sind sehr verschieden. Es darf im Mittel angenommen werden, daß der Umfang der Arbeit um 30 Prozent größer ist, als im Frieden. Es folgt daraus, daß die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters im Durchschnitt den Friedenswert erreicht, in einzelnen Abteilungen die Friedensarbeit überholt hat.

Zusammenschluß der englischen Transportarbeiter. Auf dem Kongreß des englischen Transportarbeiterverbandes in Cardiff wurde berichtet, daß die Fusion von elf Verbänden der Transportarbeiter, die nunmehr in eine große Organisation verschmolzen sind, endgültig vollzogen ist. Der Herstellungs der Einheitsfront der Unternehmerr beschleunigte den Zusammenschluß der Arbeiter. Jetzt trachtet der englische Transportarbeiterverband mit den Eisenbahnern, die über drei große Organisationen verfügen, einen Kartellvertrag abzuschließen, der zu einer vollständigen Fusion führen soll. Die zwei Verbände der Eisenbahnern, welche überwiegend Handarbeiter umfassen, scheinen den Plan der gemeinsamen Organisation günstig aufgenommen zu haben; der dritte jedoch, der Verband der in der Verwaltung tätigen Eisenbahnbeamten, steht ihm zunächst noch ablehnend gegenüber.

Kurze der Notizen.
 Züricher Kurse. Berlin 0.66.50, Wien 0.01.25, Prag 12.50, Holland 203.50, New York 5.25, London 23.48, Paris 43.10, Mailand 24.37.50, Budapest 0.25, Agam 1.60, Warschau 0.08, Wien gest. 0.01 1/2.

Genossenschaftsbewegung.
 Der größte deutsche Konsumverein der Tischechlo Slowakei.

Der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ in Alt-Mohlau gibt jeden eine Gedendtschrift über seine Tätigkeit in den Jahren 1900 bis 1922 heraus. Der Konsumverein wurde im Jahre 1900 gegründet, die Mitgliederzahl bestand bei der Eröffnung aus 79 Familien. In den ersten vier Jahren war die Entwicklung dieses Konsumvereines eine ziemlich langsame und es dauerte eine geraume Zeit, bevor er in der konsumierenden Bevölkerung Fuß fassen konnte. Nach vier

Das Gerichtsverfahren im G. N.-Prozess beendet.

Ankläger Krylenko repliziert: „Blut muß vergossen werden!“ — Die Sozialrevolutionäre wollen gegenwärtig auf den bewaffneten Kampf verzichten.

Moskau, 5. August. (Laurenzberg.) In dem Prozesse gegen die angeklagten Sozialrevolutionäre replizierte der Ankläger

Krylenko
 am 3. d. M. auf die Ausführungen der zweiten Gruppe der Angeklagten. Zum Schlusse wies er die Frage des Strafausmaßes auf: „Ich“, sagte er, „gehe hierbei ausschließlich von dem Standpunkte der Rühmlichkeit oder der Gefährlichkeit der Angeklagten aus. Es scheint, daß diese Frage bereits durch die Ausführungen von Goh, Hendelmann und Timofejew gelöst ist, welche erklärten, daß sie, so lange sie leben, so handeln werden wie früher und daß von ihnen weder ein Widerruf noch Gnade zu erwarten sei. Was soll man nach diesen Erklärungen tun?“, fragte Krylenko, „Soll man oder soll man nicht die Frage der höchsten Strafe stellen? Ich behaupte, daß die Frage nicht anders zu stellen ist. Was sehen wir, wenn wir in die Vergangenheit blicken? In Petersburg den Junkerausschuss und Blut, in Moskau den Otkoberaustand und Blut, in Archangelst Blut, in Samara und Sibirien Blut, in Tamboss und in Kronstadt neuerliches Blut. Wo immer wir in die Vergangenheit und Zukunft blicken, überall sehen wir Blut. Deshalb erkläre ich ganz ruhig: Blut muß hier vergossen werden, damit es in der Zukunft kein Blut oder weniger davon gibt.“

Hendelman
 polemisiert namentlich gegen die Ausführungen Krylenkos, welcher behauptet hat, daß die Beschuldigten auch weiterhin und mit denselben Methoden wie früher den Kampf gegen die Sowjetmacht führen werden. Diese Schlussfolgerung ist, wie Hendelman erklärt, nicht richtig. Wir stellen uns den Kampf in der Zukunft in anderen Formen vor, als in der Form des bewaffneten Kampfes. Die Aufgabe der Partei der Sozialrevolutionäre beruht in der allmählichen und mühsamen Arbeit zum Zwecke der Erziehung der Arbeitermassen. Wir sehen voraus, daß Ihr in dem Augenblicke, in welchem der Wille der organisierten Massen zum wahren Ausdruck kommen wird, genötigt sein werdet, den Grundsätzen der Demokratie zu weichen. Timofejew polemisiert in seiner Replik hauptsächlich mit Bucharin in der Frage der Diktatur des Proletariates.

Goh
 erwidert auf die gegen die Partei der Sozialrevolutionäre erhobenen politischen Anschuldigungen, welche Bucharin und Krylenko vorgebracht

Jahren zählte der Konsumverein erst 242 Mitglieder, besaß eine einzige Verkaufsstelle und der Warenumsatz betrug bis zu diesem Zeitpunkte nur K 167.308.—. Erst im Jahre 1906 begann der gewaltige Aufstieg der Genossenschaft, der bis zum heutigen Tage angehalten hat. Im Jahre 1910 zählte der Verein bereits über 1500 Mitglieder mit 11 Verkaufsstellen, im Jahre 1914, vor Kriegsausbruch, über 3000 Mitglieder mit 21 Verkaufsstellen. Im Jahre 1913 hatte der Umsatz das erstmal eine Million Kronen überschritten. Im Jahre 1921, also 21 Jahre seit der Gründung, zählt der Konsumverein über 12.000 Familien mit 50.000 Köpfen zu seinen Mitgliedern und besitzt in den fünf politischen Bezirken Karlsbad, St. Joachimsthal, Reubel, Platten und Rudig 63 Verkaufsstellen. Der Jahresumsatz im Geschäftsjahr 1920—21 beträgt über 32 Millionen Kronen und wird im laufenden Geschäftsjahr 50 Millionen Kronen erreichen. An Dividenden hat der Konsumverein Altrohla seit seinem Bestande über eineinhalb Millionen Kronen an seine Mitglieder rückvergütet. Die Reserven des Vereines betragen über dreiviertel Millionen Kronen, die Geschäftsanteile der Mitglieder eineinhalb Millionen Kronen. Weiters haben die Mitglieder der Genossenschaft drei Millionen Kronen Spareinlagen zur Verfügung gestellt. Im Jahre 1914 wurde vom Konsumverein eine Bäckerei und zwar die Arbeiterbäckerei in Altrohla errichtet. Die Bäckerei hat seit ihrem sechs-jährigen Bestande 10.735.286 Kilogramm = 7.723.894 Laib Brot erzeugt. Die Bäckerei besitzt sechs Doppelauszug-Dampfböden, zwei Rneinmaschinen, eine Teigteil- und Wirtmaschine und eine Sieb- und Mischmaschine. Gegenwärtig erzeugt die Bäckerei wöchentlich über 40.000 Laib Brot. Beschäftigt sind in der Bäckerei ein Oberbäcker, 19 Gehilfen, vier Hilfs-personen und eine Frau, welche die Reinigung der Bäckerei über hat. Außer der Bäckerei besitzt der Konsumverein noch folgende Realitäten: Die großen Warenmagazine in Altrohla zur Unterbringung der Lebensmittel sowie der Schnitt-, Schuh- und Galanteriewaren, ferner in Altrohla das Haus Nr. 60, in welchem die 1. Verkaufsstelle und die Kaffeerösterei untergebracht ist, das Haus Nr. 141, in welchem sich die Kangleiräume und die Stallungen befinden, das Haus Nr. 296, in welchem die V. Verkaufsstelle von Altrohla untergebracht ist. Weiters besitzt der Konsumverein in der Nähe des Altrohlaer Bahnhofes ein auf eigenem Grunde stehendes Kohlenmagazin. In anderen Ortschaften besitzt der Konsumverein ebenfalls eigene Häuser und zwar: In Reubel das Haus Nr. 210, in welchem eine Verkaufsstelle und das Unterlager für den Reubelker Rahon untergebracht sind, in Platten das Haus Nr. 123, in welchem sich ebenfalls eine Verkaufsstelle und das

Unterlager für den Plattner Rahon befinden, ferner je ein Haus in Reuhammer, in Meierhöfen, in Boitsgrün, St. Joachimsthal und in Schladenwert. Die Genossenschaft besitzt also insgesamt zehn eigene Häuser. Der Fahrpark des Konsumvereines setzt sich aus 16 Pferden, 20 Wagen, 2 Lastautos und 1 Personenauto zusammen. Beschäftigt sind in der Genossenschaft gegenwärtig insgesamt 165 Angestellte und zwar 117 männliche und 48 weibliche. Alle Verkaufsstellen werden von dem Zentralorgan in Altrohla mit Waren versorgt. Im Laufe des kommenden Jahres wird das Zentrallager des Konsumvereines nach Fischern verlegt werden, da dort auf den hiezu-gelassenen Gründen ein großes Warenmagazin mit Geleisenschluß errichtet wird. Ebenfalls sollen die beiden Unterlager Reubel und Platten zu einem einzigen Unterlager in Bärzingen vereinigt werden und ist geplant, in Bärzingen ein entsprechendes Warenmagazin und eine Miltalbauerei neu zu erbauen. In den freigeordneten Räumen in Altrohla soll eine Schuhreparaturwerkstätte und eine Schneidererei untergebracht werden.

Clenob
 Nach einer kurzen Replik Rakows führt aus, daß die Beschuldigten, da sie nicht gemeingefährlich sind, keiner Strafe unterliegen, denn das Sowjetstrafgesetzbuch verfolgt nicht die strafbare Absicht, sondern bloß die Straftaten.

Hierauf erklärt der Vorsitzende des Obergerichtes, Pjatakof, das Gerichtsverfahren für beendet. Es erwidert, den Beschuldigten das Schluswort zu geben.

In der Vormittagsitzung vom 4. d. M. hielt als erste Egenija Ratler eine große politische Rede, welche der Polemit mit Lunatscharski und Bucharin betreffs der Fragen der Internationale gemindert ist. Auch Ljatsch hielt eine große politische Rede, in welcher er auf die revolutionären Verdienste der Beschuldigten hinweist. Nach einer Erklärung Rakows fordert der Vorsitzende des Gerichtshofes die Beschuldigten auf, eine Erklärung abzugeben, wie sie sich verhalten würden, falls der Gerichtshof sie freisprechen würde.

Hierauf sprachen Donstoj, Ugov und Timofejew, welcher erklärte: „Wir kämpfen gegen euch als Leute der Zukunft.“ Frau Zwano w erklärte, sie billige vollkommen die Tätigkeit der Mitglieder des Zentralausschusses der sozialrevolutionären Partei, für welche sie auch bei ihrem nächsten Kongreß stimmen würde. Der Beschuldigte Zlobin erklärte, er könne kein Versprechen geben, daß er sich in der Zukunft nicht an den Parteiarbeiten beteiligen würde. Nahezu dieselbe Erklärung geben alle übrigen Beschuldigten ab, wobei sie auf ihre revolutionären Verdienste in der Vergangenheit hinweisen.

Moskau, 5. August. (Funkspruch Laurenzberg.) In der gestrigen Nachmittagsverhandlung im Prozesse gegen die Sozialrevolutionäre hielten die Angeklagten der ersten Gruppe Hendelman, Zwano w, Rakow, Morozow und Goh ihr Schluswort. Heute werden die Angeklagten der zweiten Gruppe ihr Schluswort halten.

Im letzten Jahre hat der Konsumverein abermals eine bedeutende Ausdehnung gewonnen. Der Konsumverein Petschaw hat in seiner am 9. April 1922 stattgefundenen, außerordentlichen Generalversammlung einstimmig beschlossen, die Fusionierung mit dem Konsumverein Altrohla durchzuführen. Dieser Beschluß wurde Mitte April 1922 bereits vollzogen. Durch diese Verschmelzung zählt der Konsumverein in Altrohla gegenwärtig 72 Verkaufsstellen (weitere drei Verkaufsstellen sind in Gründung begriffen). Die Zahl der Mitglieder ist auf 13.420 Mitglieder mit über 64.000 Familienangehörigen gestiegen. Die Geschäftsanteile betragen nach dieser Verschmelzung K 1.634.026.45, die Spareinlagen K 4.490.039.83. Ebenfalls wurde das Haus Nr. 151 in Petschaw, in welchem sich bisher die Zentrale des Konsumvereines Petschaw befand, käuflich erworben, jedoch der Konsumverein nunmehr 11 Wohnhäuser besitzt.

Die Gedendtschrift, der wir diese Angaben entnehmen, ist reichhaltig illustriert. Die Bilder zeigen die Zentrale des Konsumvereines, die Pferde und Wagen, die der Konsumverein besitzt, seine Autos, die Inneneinrichtung des Zentrallagers, Kuchen- und Inneneinrichtungen der Arbeiterbäckerei. Der Bericht ist ein stolzes Denkmal genossenschaftlicher Arbeit. Es ist zu erwarten, daß alle noch nicht organisierten Konsumenten zur Einsicht gelangen werden, daß nur der organisierte Konsum der wirkliche Schutz des Konsumenten und des gesamten arbeitenden Volkes ist.

Kleine Chronik.

Ein Bader des 18. Jahrhunderts. Es ist lange vergessen, daß Delitzsch, als es noch zu Sachsen gehörte, ein von Leipzig und Dresden oft besuchter Baderort war. Freilich, ein Luxusbad ist es nicht gewesen, wie aus der 1704 erschienenen „Wahrhaftigen Beschreibung des Gesundbrunnens, so unweit Döhlitz entprungens“ hervorgeht, die Dr. Max Polaczek im „Wissen“ der Verschollenheit entzucht. U. a. wirt der Besucher dem Orte vor: „1. Inkommodität und Unbequemlichkeit; massen es wenig gute Bauernstuben gibt, darinnen Dames und Cavalliers können ad interim aufsitzen sein. 2. Theuer Leben; massen die Bauern so gut als die Wirthe in Leipzig vor eine Stube allein des Tages acht bis zwölf Groschen gefordert und auch bekommen müssen. Hat einer nur ein grob Bett zu Zubede und ein Hauptkissen, muß er ordinär jegliche Nacht einen Groschen geben, so gut, als in dem besten Wirthehause. Was ist aber eine Comparaison zwischen den Leipziger Logie und den Bauernstuben, da einen die Fliegen dreimal wieder anstechen, wenn man sie zweimal weggejagt...“ Auch über die „essenden Waaren“ und über die Betten und was sie bevöllert, klagt der unzufriedene Leipziger. Sarkastisch fährt er dann fort: „Dieser Ort ist sonderlich zu Curen wohl ander-föhren, als an welchem der Patient nicht leichtlich in Diet pecciren kann; denn keinen Wald erblüht man hierinne, daß etwa Wildpret zu bekommen wäre, und ohne dem von dergleichen Waare keine Zufuhr in die Dörfer ist, oder doch zum wenigsten da keine gesehen wird; kein Wasser sieht man groß, daß ihm also die Fische den Magen auch nicht verschleimen können; Wein und andere delicate Bishgen werden ihm auch nicht schaden, denn das ist so ferne von dem Orte, bis ihn die Hällischen Weinhändler, Tracteurs, Confituriers was zeigen. Will er den Bauern die Dähner theuer genug bezahlen und schlecht zugericht, so steht es ihm frey. Wenn die Landsberger Bedder nicht Brot rauschaffen, mühten die Patienten bei der Wasser-Cur zugleich auch eine Hunger-Cur antstellen; denn die Bauern boden Brot für sich, und würde auch nicht zureichen.“

Die gewaltigste Aufgabe des Städtebaues. Im Gegen-satz zum alten Europa stehen die Vereinigten Staaten von Amerika unter dem Zeichen einer überaus lebhaften Entwicklung des Wohn- und Städtebaues. In New York wurde daher jetzt ein Ausschuss der bedeutendsten Fachmänner eingesetzt, der dieser Entwicklung folgend einen Plan für die Stadt und ihre Umgebung vorbereiten soll. Und zwar soll der Planbezirk bis zu einer Entfernung vom Mittelpunkte Manhattan, die nach Südwesten etwa 30, nach Nordosten 50 Kilometer beträgt, außer New York City mit 5.620.000 Einwohnern, die Nachbargelände innerhalb der Staaten New York, Connecticut und New Jersey umfassen, ein Gebiet, das schon jetzt von rund 9.000.000 Menschen bewohnt und die umfangreichste zusammenhängende Wohnsiedlung der Erde ist. Man glaubt bis 1950 auf eine Bevölkerung von 16,5 Millionen, bis 2000 auf 37 Millionen rechnen zu können. Es handelt sich, so betont der deutsche Städtebauer Geh. Rat Stübgen im Zentralblatt der Bauverwaltung, bei der Planung dieser „Dreistaatenstadt“ um die gewaltigste Aufgabe des Städtebaues, welche je unternommen wurde. Nach deutschen Erfahrungen kann allerdings nicht erwartet werden, daß es gelingt, einen öffentlich anerkannten Gesamtplan zu schaffen, der bis 1950 oder gar 2000 Gültigkeit und Rechtskraft hätte. Jede Zeit wird vielmehr den Stadtbauplan so ordnen, wie es ihr zweckmäßig erscheint.

Dem

„Sozialdemokrat“

einen neuen Abonnenten werden, bedeutet dem Saan bürgerliche Bre'e eine See.e entrei'en und dem Sozialismus eine See.e gewinnen.

!! Werbet !!

Jugendbewegung.

Ein neuer Beweis für die Vertragsunfähigkeit der Kommunisten.
 In wenigen Wochen feiert der durch maßlose Demagogie aufgebaute Verband der kommunistischen Arbeiterjugend sein zweijähriges Bestehen. Wenn es auf dem Verbandstage der sozialdemokratischen Arbeiterjugend im Herbst des Jahres 1920 schien, als ob die gesamte sozialdemokratische Arbeiterjugend, beidert durch die Phrasen der Kommunisten, mit steigenden Höhen in das Lager der Dritten Internationale eilen wolle, so können wir heute, zwei Jahre nach jenem historischen Verbandstage erkennen, daß die Arbeiterjugend ihr klares Denken nicht verloren hat und stärker denn je zu ihrem sozialdemokratischen Jugendverbande steht. — Die Kommunisten, denen diese Tatsache nicht unbekannt geblieben ist und deren Anhänger in ihrem Verbands nur eine Handvoll verbildeter jugendlicher Arbeiter sind, versuchen mit allen Mitteln und mit der größten Demagogie, Propaganda und Agitation für ihren Verband zu treiben. — Mit welchen Mitteln die Kommunisten arbeiten, um Mitglieder einzufangen, zeigt folgendes Beispiel:
 Im Reichenberger Kreise betrieb die kommunistische Kreisleitung mit den Vertretern der

Kreisleitung Reichenberg des sozialistischen Jugendverbandes am 7. Juli l. J. eine Sitzung ein, in welcher über die Schaffung von Lehrlingskommissionen gesprochen werden sollte. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die Vertreter der sozialistischen Arbeiterjugend freudig der Einladung der Kommunisten folgten, um eine Einheitsfront für den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterjugend herzustellen. Der Gang der Verhandlung ergab, daß Lehrlingskommissionen im ganzen Verbandsgebiete errichtet werden sollten. Diesbezüglich zu entscheiden, war natürlich die Kreisleitung Reichenberg des sozialistischen Jugendverbandes nicht in der Lage, da die Kreisleitung Reichenberg über das Verbandsgebiet nicht Entscheidungen treffen kann, die lediglich dem Vorstandsvorstand des sozialistischen Jugendverbandes in Teplitz zustehen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterjugend machten nun die Kommunisten auf diesen Umstand aufmerksam und ersuchten, die Sitzung abbrechen, damit sie mit ihrer Verbandszentrale in Föhling treten können. Dies geschah. Der Verband der sozialistischen Arbeiterjugend antwortete, daß er bereit sei, die Verhandlungen mit der kommunistischen Verbandszentrale aufzunehmen. Die Kreisleitung Reichenberg des sozialistischen Jugendverbandes sandte nun an die Kreisleitung des kommunistischen Jugendverbandes ein Schreiben, in welchem sie mitteilt, daß die Verhandlung von den beiden Zentralen geführt werden und schloß ihr Schreiben mit dem Ausruf, daß sie erwartet, daß die kommunistische Kreisleitung ehestens mit der kommunistischen Verbandszentrale in Verbindung tritt, damit die Verhandlung über diese Angelegenheit eheabgeschlossen aufgenommen werden kann.

Der „Vorwärts“ bringt nun in seiner Nummer vom 1. August einen zwei Spalten langen Artikel, in dem er den sozialdemokratischen Jugendverband als den Störer der proletarischen Einheitsfront hinstellt. Dies tat der „Vorwärts“ deshalb, um zu verhindern, daß die Sitzung der beiden Verbandszentralen in der Frage der Einheitsfront der jugendlichen Arbeiter stattfindet und er so in vordringende die werdende Einheitsfront der Arbeiterjugend in diesem Staate abwürgen kann.

Wie ernst es der sozialdemokratischen Arbeiterjugend mit der Schaffung der proletarischen Einheitsfront der Arbeiterjugend war, geht aus dem Umstande hervor, daß bei der gemeinsamen Sitzung am 7. Juli der Vertreter der Sozialdemokraten, Genosse Palme, die Bedingung aufstellte, daß, solange die Verhandlungen über die Einheitsfront geführt werden, der „Vorwärts“ das Geschimpf gegen die sozialdemokratische Arbeiterjugend einstellen müsse. Die Kommunisten stimmten der Bedingung zu. Aber am 12. Juli, also genau fünf Tage nach jener Sitzung brachte der „Vorwärts“ einen Ausruf des Exekutivkomitees der kommunistischen Jugendinternationale, in welchem wieder in der niedrigsten Art und Weise gegen die sozialdemokratische Arbeiterjugend gehetzt wurde und in dem sich auch folgender bezeichnender Satz befindet:

„Jetzt versuchen die Sozialdemokraten, die das Gebäude der Einheitsfront stützen, den internationalen Jugendtag zu fälschen und seine Popularität bei den Jugendgenossen auszunutzen.“

Trotz dieses Bruches der Bedingung setzten die Sozialdemokraten unermüdet ihre Bemühungen fort, um so eine wirkliche und wahre Einheitsfront der Arbeiterjugend in allen wirtschaftlichen Fragen herzustellen zu können. Heute allerdings muß die Arbeiterjugend dieses Staates erkennen, daß es unmöglich ist, die Einheitsfront der Arbeiterjugend, selbst mit dem besten Willen und mit dem ehrlichsten Willen, herzustellen, weil den Kommunisten kein Mittel zu schließt, um die Einheitsfront der Arbeiterjugend im Keime zu ersticken.

Bereinsnachrichten.



Touristenverein „Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Prag. Am 17. September veranstaltet die Prager Ortsgruppe der „Naturfreunde“ eine Fahrt in die Macccha. Besichtigt wird die berühmte Katharina- und Tropfteingrotte sowie der neu entdeckte wunderschöne Nasareyldom. Ein Aufstieg zum Touristenpavillon wird diese wirklich sehenswerte und lohnende Fahrt zum Abschluß bringen. Fahrtkosten: Mitglieder einschließlich Eintrittsgebühren 80 K., Nichtmitglieder 90 K. Anmeldungen sind bis zum 1. September zu richten an Walter Heller, Großeskauf Fügnerova nam. 4.

Amerikanische Addiermaschinen, **DALTON**
344 Rechenmaschinen
BRUNSVIGA, **MERCEDES**
Amerikanische „MONARCH“-SCHREIBMASCHINEN
Vervielfältigungsapparate
SCHAPIROGRAPH
la. Farbbänder und Karbonpapier
„Courant-Spitzmaschinen“
L.u.G. Halphen Prag
Mikulášká 22/4. Telefon 2342.
Filiale: Wien VI., Köstlergasse 6.
Reparatur aller Büroautomaten.

Turnen und Sport.
Unsere Turnerfeste.

Nach Beendigung des Krieges war ganz besonders unter der Arbeiterschaft der Drang nach körperlicher Betätigung stark vorhanden. Gegenden, in denen früher nur der Koriensisch oder der Tanzsaal das Alleinlebende war, wurden durch Turnen und Sport mit einem anderen Geiste belebt. Nur allzumenig wissen die Menschen — und hier möchte ich besonders auf die Arbeiter hinweisen — diese Betätigungen zu würdigen, obwohl die jetzige Zeit gerade ein gefundenes und starkes Geschlecht braucht. Der Arbeiter-Turn- und Sportverband, dessen Tendenzen schon wiederholt bekannt gegeben wurden, ist daher als Träger einer Kulturbewegung ein wichtiges Vollwerk der Arbeiterorganisationen. Trotzdem gibt es noch viele Arbeiter, die in bürgerlichen Verbänden den Leibesübungen halbtun, ohne daran zu denken, daß sie sich und ihre Klasse schädigen. Qualitativ hat die Arbeiterturnbewegung die bürgerliche Bewegung bereits weit überflügelt. Dies lehren uns die Turnerfeste, die das Wesen kultureller Manifestationen in sich tragen. Nicht nationale Schaustellungen sind unsere Feste, um den Rassenhoh zu schüren, wie es unsere Gegner tun, sondern Veranstaltungen, die die Turn- und Sportidee in die Seelen der Menschen vertiefen und für jeden lehrreiche Stunden frohen und edlen Genießens bringen sollen.

Wenn wir einen Vergleich ziehen, so müssen wir uns eingestehen, daß vor allem in Deutschland die Leibesübungen zu hohem Ansehen gekommen sind. Die bürgerliche Sportorganisation feierte heuer in Berlin ihre Feierschau in den sogenannten Kampfsportspielen. Ohne den wofürigen Einfluß des Sportgedankens schmälern zu wollen, muß man doch darauf verweisen, daß Marathonläufe oder Fußballwettkämpfe von dreistündiger Dauer keine körperstärkenden Sportarten sind. Zudem schloß der Fußballkampf mit einer Kauferei ab. Die reichsdeutsche Arbeiterschaft hingegen hat mit der Einführung der „F a s t“ (Reichsdeutscher Arbeitersporttag) hier schon bessere Erfolge aufzuweisen. Dadurch, daß an einem gleichen Tage in den größeren Städten die Arbeitersportler zusammenkommen, um sich im friedlichen Wettstreit am grünen Rasen oder im Wasser zu messen, wird der breiten Öffentlichkeit die Bedeutung der Leibesübungen nachdrücklich vor Augen geführt. Leider war in diesem Jahre das Wetter

schlecht, so daß die Leistungen beeinträchtigt und vielfach überhaupt unterbunden wurden. Die Krone aller Turnerfestlichkeiten wurde das jüngst in Leipzig abgehaltene erste Arbeiter-Bundesturnfest, welches eine noch nie dagewesene Beteiligung aufwies, und wohl die bisher größte Veranstaltung für Körperkultur gewesen sein dürfte. Ueber 60.000 Menschen haben in den drei Tagen in irgend einer Art sich aktiv für die Idee des Turn- und Sportgedankens vor der Öffentlichkeit betätigt. Welch ungeheure Fülle von agitatorischer und moralischer Kraft wurde hier geleistet!

In der Tschechoslowakischen Republik wurde außer der Spartakiade und dem christlichen „Crel“-Turnfest in Brünn das Verbandsfest der nationalen Turnerschaft in Komotau abgehalten. Dieses war in Anbetracht der weit über die 100.000 zählenden Mitgliedschaft der nationalen Turner Klein, da hier neben der Turnerschaft alles sich national Gebärdende aufgeboten wurde. Auch die turnerische Qualität blieb weit hinter den sonstigen Darbietungen zurück. Gleichen Schritt mit dem moralischen Misserfolg hält auch der materielle und das Defizit soll sich auf weit über eine Viertel Million belaufen. Das Defizit zeigt den Mangel an Begeisterung für die Turnsache unter unserer Begnern, die Turnfeste nur zu nationalistischen Feiern mißbrauchen.

Die Arbeiterturner hielten nur in ihren Kreisen Turnfeste ab, und es zeigte sich überall ein unverkennbarer Schritt nach vorwärts. Je nach den Verhältnissen und der Stärke der Kreise, war die Beteiligung stärker oder schwächer. Die größte Beteiligung und zugleich die größte Veranstaltung der deutschen Arbeiterschaft dieses Staates hatte der d. Kreis, der in Bodenbach mit seiner Veranstaltung auch auf den Gegner nachhaltigen Eindruck machen konnte. Das Fest dieses Kreises war viel größer als das Verbandsturnfest der Nationalen in Linz und nach der Beteiligung der Turner gegen alle vorgenannten Feste prozentuell am stärksten besetzt. Es ist dies für den in der nordwestböhmischen Arbeiterschaft herrschenden Geist ein gutes Zeichen und läßt die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß auch in den anderen Gebieten die Turnbewegung an Stärke gewinnen wird. Alle Arbeiterfeste sind mehr als Anlaß zu dem im nächsten Jahre stattfindenden ersten Bundesturnfest zu werden. Die tschechischen Turngenossen, die voriges Jahr mit ihren Olympiaden die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregten, begingen heuer ebenfalls nur Kreisturnfeste. — Das nächste und zugleich größte Arbeiter-Turn- und Sportfest wird im August des Jahres 1923

in Frankfurt a. M. stattfinden und unter der Devise „Arbeiterolympiade“ zu einer Feierschau der internationalen Arbeiterturnsache werden.

Mag man auch dem Begriff „Fest“ nicht immer sympathisch gegenüber stehen, so zeigen doch alle diese Turnerfestlichkeiten, daß in der Menschheit nach dem Naturgesetz „Leben heißt bewegen“ der Trieb nach Betätigung wurzelt. Diesen Grundfay im Volke, besonders unter der Arbeiterschaft herrschend zu machen, ist Aufgabe der Arbeiter-Turn- und Sportvereine, die zum Zwecke des besseren Verständnisses Turnfeste veranstalten müssen. Die Leibesübungen sind etwas Notwendiges; sie allen zugänglich zugänglich zu machen, ist Aufgabe der Turnbewegung. Der Satz „Dem Volke gilt's, wenn wir zu spielen scheinen“ ist daher der Grundgedanke der Turnerfeste. In ihm zu wirken, die Pflicht unserer Arbeiter-Turner und -Sportler.

Die Deutschlandreise der Floridsdorfer. Die Wettspielliste lautet: 5. August: Ragdeburg gegen Sportverein Viktoria 98; 6. August: Hallischer Fußballklub Wader 08 in Halle an der Saale; 9. August: in Berlin gegen Wader-Tegele; 12. August: Verein für Rosenspiele, Frankfurt a. M.

Das Schlußspiel um die Deutsche Meisterschaft. SV. gegen I. FC. Nürnberg. Heute findet im neuen Stadion, des VfB. in Leipzig, welches gestern mit dem Treffen Viktoria Hamburg gegen VfB. eröffnet wurde, das wiederholte Entscheidungsspiel um die Meisterschaft des Deutschen Fußball-Bundes statt. Das Interesse um dieses Spiel erreicht Rekorddimensionen. Ueber 20 Extrazüge kommen nach Leipzig, bis Donnerstag waren mehr als 40.000 Eintrittskarten in den Vorverkauf abgesetzt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Solide Optik. Ausführung ärztl. Rezepte
M. DEUTSCH
Optiker u. Mechaniker, Prag I., Graben 25
(Kleiner Bazar).

Herausgeber: Dr. Ludwig C s e h und Karl C e r m a h
Druck: Deutsche Zeitungs- & Anzeigen-Gesellschaft Prag
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil S t r a u b
Für den Druck verantwortlich: D. S o l l k.

PARKETTEN
Ruffner & Kuffner
Tägliche Feinmaler

Gummi-Regenmäntel

von 180.— aufwärts kaufen sie bestend beim Erzeuger Eng. J. Wetzels, Bausiedhof bei Reichenberg. Verlangen Sie mit Karte verbindl. bemukt. Anbot.

Materialwaren en gros
MEFISTO Ofenglanzpaste in Dosen.
„KIKIRIKI“ Arabisches Gepäckpulver, Eierersatz.
„BRUNIN“ Teiggewürze.
„KYPIK“ „Backpulver“. Hefeersatz.
VANILINZUCKER garantiert rein, erzeugt und liefert
Vincenz Joh. Brun.
Prag-Karolinenthal.

Verlangt ausschließlich
Schweineschmalz u. Schweinespeck
Marke Morris Supreme
von der
Morris Packing Company, Chicago.
Vertr.: Wih. Schlesinger & Co., Prag-Karlin.

587
Heinrich Krauskopf
Kappen- und Stoffhutfabriken
Prag II
Vodickova ul. 20.

Tragen Sie der vielen Vorteile wegen
PALMA
Kautschuk Absätze und Sohlen

SANA
Teemargarine allgemeine Konsummarke!

Riunione Adriatica di Sicurtà in Triest
Gegründet 1838. — Aktienkapital und sonstige Garantemittel per Ende 1919 über 200.000.000 Lire.
Direktion für die Tschechoslowakische Republik. **Prag II.** Vrchlického sady 15.
527